

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljährlich 3.00 RM, monatlich 1.00 RM,  
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus,  
 vorauszahlbar. Einzelne Wochennummern  
 5 Pf. Sonntagsnummern  
 mit Nachdruck Beilage „Die Neue  
 Welt“ 10 Pf. Sonntagsnummern  
 1.50 RM. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2.50 RM, für das übrige Ausland 4 RM.  
 monatlich Postbestellungen nehmen  
 an Dänemark, Holland, Luxemburg,  
 Schweden u. die Schweiz. Entgegengen.  
 in die Postzustellungs-Verschlüsse.  
 Erscheint täglich.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

**Der Anzeigenpreis**  
 beträgt: die siebenstellige Kolonnen-  
 zeile 60 Pf. „Kleine Anzeigen“,  
 das festgedruckte Wort 30 Pf. (zu-  
 lässig 2 festgedruckte Worte), jedes  
 weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen  
 und Stellenanzeigen, das erste  
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.,  
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für  
 zwei Worte. Preisveränderung 20%.  
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,  
 politische u. gewerkschaftliche Bezeich-  
 nungen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,  
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ein-  
 gegeben werden. Schlußzeit 3 Uhr  
 nach 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. **Donnerstag, den 1. November 1917.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Die Kanzlerkrise vor der Lösung.

## Parteigenossen!

Das deutsche Proletariat hat in dieser Zeit weltgeschichtlicher Geschehnisse große Aufgaben zu erfüllen.

Inmitten des jahrelangen Weltbrandes, der Millionen von Menschenleben vernichtet und unüberschaubare Wirtschaftsgüter zerstört, zeigt sich klar und deutlich die Unhaltbarkeit des bisherigen Regierungssystems in Deutschland.

Unsere Brüder und Söhne im Waffentrock leisten Un-erhörtes an Tapferkeit und Opfermut. Das deutsche Volk er-trägt mit bewundernswürdiger Ausdauer alle Nöte des Krieges. Jederzeit zum Frieden bereit, kämpft und duldetes, um die Heimat zu verteidigen, nicht um Eroberungen oder sonstige Beute zu machen. Wiederholt wurde das vor aller Welt bekundet; von den Sozialdemokraten seit Anbeginn des Krieges, von der deutschen Volksvertretung ganz unzweideutig durch die Ent-scheidung vom 19. Juli 1917. Die Reichsregierung, die wiederholt ihre Bereitschaft zu Friedensverhandlungen aus-gesprochen, hat sich in ihrer Antwort auf die Papstnote zu dieser Entscheidung des Reichstages bekannt.

Die gegnerischen Regierungen wollen die Fortführung des Krieges; sie wissen, daß ihre Friedensziele nur nach der voll-ständigen Niederwerfung Deutschlands verwirklicht werden könnten.

Angesichts dieser Tatsachen ist die Stellung der deutschen Sozialdemokratie gegeben. Der Würzburger Parteitag hat die bisherige Taktik der Sozialdemokratie gebilligt und auch die Forderungen gutgeheißen und zu den seinigen gemacht, die die parlamentarischen Vertreter der Partei im Kriege hin-sichtlich der Demokratisierung aller unserer öffentlichen Ein-richtungen aufgestellt haben.

Wir kämpfen jetzt in erster Linie für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Preußen. Das ist die wichtigste Frage der deutschen Politik. Wir verlangen die Autonomie für Elsaß-Lothringen im Rahmen des Reiches. Der Belagerungs-zustand und die politische Zensur müssen be-seitigt werden.

Die öffentlich-rechtliche Vertretung der Arbeiterinteressen durch Arbeitskammern muß durchgeführt, das Koalitionsrecht muß sichergestellt werden.

Die ausreichende Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln ist die dringlichste Aufgabe. Der Lebens-mittelwucher muß unmöglich gemacht werden. Erfüllt werden müssen die Forderungen nach auskömmlicher Hilfe für alle Notleidenden. Die Soldaten müssen vor jeg-licher Willkür geschützt werden.

In allen diesen Fragen ist das klassenbewusste Proletariat einig. Wenn es trotzdem organisatorisch gespalten ist, so ist das in seinem eigenen Interesse zu beklagen. Nur wenn der Kampf in geschlossenen Reihen geführt wird, ist der Erfolg gewiß. Der Kampf, den die Sozialdemokratie zu führen hat, wird um so schwerer sein, wenn der Versuch gelingt, die gesamte Reaktion in der Deut-schen Vaterlandspartei zusammenzuschweißen.

Die Deutsche Vaterlandspartei verlä-n-gert den Krieg durch ihre Eroberungs- und Vergewaltigungspläne; sie will nichts wissen von einem Frieden der Ver-ständigung; ihre bekanntesten Vertreter sind Gegner jed-weder Demokratisierung. Sie wollen aufrecht-erhalten, was nach der Ueberzeugung aller Einsichtigen fallen muß: die Vorherrschaft der Geldmacht und die Privilegien der Geburt. Aus den Millionen und ober Millionen, die die Schwerindustrie als Kriegsgewinne einsteckt, wird die Re-aktion gespeist, werden Zeitungen aufgekauft, die die öffent-liche Meinung zugunsten der Junker und Säuerindustriellen beeinflussen. Der Kampf gegen die Vaterlandspartei, die be-hauptet, daß die Mehrheit des Volkes hinter ihr stehe, muß auf der ganzen Linie geführt werden. Es wird sich dann zeigen, daß die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes den Verständigungsfrieden und die freiheitliche politische Ent-wicklung will. Wir fordern die Genossen auf, allerorts Versammlungen abzuhalten, um dem Volkswillen Ausdruck zu geben.

Wie schwer die wirtschaftlichen Kämpfe sein werden, die nach dem Kriege geführt werden müssen, liegt klar auf der Hand. Dort ein geeinigtes Unternehmertum, verbunden mit

den Vorkämpfern der politischen Reaktion und unterstützt durch zahlreiche Behörden — hier die Arbeiterschaft im Bruderzwist. Auf diese ernsten Tatsachen hat der Würzburger Parteitag mit aller Deutlichkeit hingewiesen und die not-wendigen Schlussfolgerungen daraus gezogen. Mögen die Arbeiter erkennen, was für sie auf dem Spielfeld steht, und mögen auch sie daraus die richtigen Nutzenwendungen ziehen!

Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, alle Kräfte anzuspannen, um die Organisationen zu stär-ken und unserer Presse immer weitere Verbreitung zu sichern. Weit über die Reihen der industriellen Arbeiterschaft hinaus beobachten Millionen aus der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land, die uns bisher fern standen, mit Span-nung und Sympathie die politische Tätigkeit unserer Partei. Auch diese Kreise gilt es zu gewinnen und dauernd an die Partei zu fesseln.

Arbeiter! Parteigenossen! Seid Euch des ganzen Ernstes unserer Zeit bewußt!

Jetzt wird Deutschlands Zukunft geschnitten und die Zu-kunft der Arbeiterklasse mit. Mit Geschick und Kraft müssen wir die Hämmer schwingen, wenn wir die Interessen des wer-t-tätigen Volkes vertreten wollen.

Parteigenossen! Ihr kennt die Bedeutung der Organisationen bei der Führung unserer Kämpfe und Ihr wißt, daß die Presse unsere beste Waffe ist im Kampfe für Frieden, Brot und gleiches Recht.

Seid pflichtbewußt!  
 Berlin, den 31. Oktober 1917.

## Der Parteivorstand.

Partels, Braun, Ebert, Ernst, Juchacz, Kollensbuhl, Müller, Pfannkuch, Scheidemann, Wels.

## Regierung Hertling?

Die Verhandlungen über die Neubildung der Re-gierung dauerten auch den ganzen Mittwoch an und werden heute voraussichtlich zu einem positiven Er-gebnis gelangen. Als wahrscheinlich gilt folgende Liste:

- Reichskanzler und Ministerpräsident: Graf v. Hert-ling (Z.).
- Stellvertreter des Reichskanzlers: v. Pader (Sp.).
- Stellvertreter des Ministerpräsidenten: Fried-berg (natl.).
- Preussischer Handelsminister: ein fortschrittlicher Ab-geordneter (Dob?).
- Staatssekretär des Reichsernährungsamts: noch un-bestimmt.

Dr. Helfferich hat sein Entlassungsgesuch bereits eingereicht, von Herrn v. Balow erwartet man das-selbe. Ein Sozialdemokrat wird in die Regie-rung nicht eintreten.

Durch das Einreifen des Staatssekretärs v. Küh-l-mann haben die Verhandlungen der Parteien mit dem Grafen v. Hertling, die schon fast gescheitert schienen, eine günstigere Wendung genommen, und man wird sich nicht wundern dürfen, wenn im Laufe des heutigen Tages, dessen Vor-mittag noch weiteren Verhandlungen gewidmet sein wird, die Ernennung erfolgen sollte. Manche Mißverständnisse sind aufgeklärt, manche Schwierigkeiten beseitigt worden.

Zunächst hat sich herausgestellt, daß die vielbekämpfte Erklärung des bisherigen bayerischen Ministerpräsidenten über Elsaß-Lothringen entfällt nach Berlin berichtet worden und daß Graf Hertling kein Gegner der Autonomie ist. Fallengelassen wurde der Plan, das Ministerpräsidium vom Kanzleramt zu trennen, dafür wurden zwei liberale Stellver-treter, ein fortschrittlicher im Reich und ein nationalliberaler in Preußen, vorgesehn. Von Herrn Dr. Friedberg, dem bis-herigen Vorsitzenden der nationalliberalen Landtagsfraktion, wird dabei erwartet, daß er seine ganze Kraft für die Ein-führung des gleichen Wahlrechts in Preußen einsetzen werde, und man hofft, durch seine Heranziehung zu den Re-gierungsgesellschaften eine feste Mehrheit für die Wahlreform zu gewinnen.

Keine Übereinstimmung besteht noch hinsichtlich des Ar-tikels 9 der Reichsverfassung. Hier hat sich Graf Hertling auf den etwas veralteten Standpunkt, daß ein Reichstags-abgeordneter, der Bundesratsmitglied wird, nicht im Reichs-

tag bleiben könne, allzu sehr festgelegt. Graf Hertling ist aber andererseits kein Gegner der Berufung von Abgeordneten in leitende Reichs- und Staatsstellen, wie die oben wieder-gegebene Liste und seine eigene Laufbahn deutlich zeigen.

Im übrigen ist das Programm der Reichstags-mehrheit vom Grafen Hertling vorbehaltlos angenommen worden. Die auswärtige Politik des Reiches soll im Geiste der Antwortnote an den Papst geführt werden, die sich im Sinne des Beschlusses vom 19. Juli und unter aus-drücklicher Berufung auf ihn für einen Frieden der Ver-ständigung und Versöhnung, der Schiedsge-richte und der Abrüstung ausspricht. Eine rasche und loyale Durchführung der preussischen Wahlreform ist zugesagt. Die politische Zensur soll abge-schafft, die Kompetenzgrenze der Militärs gegenüber der politischen Führung der Reichsgeschäfte soll schärfer abgesteckt werden. Auf sozialpolitischem Gebiet ist die Schaffung eines Arbeitskammergesetzes vorgegeben, und der berühmte § 153 der Gewerbeordnung, der für die Gewerkschaften ein odioses Ausnahmerecht darstellt, soll fallen.

Wie man sieht, fehlt in diesem Programm manches, was die Sozialdemokratie will, aber es ist nichts darin enthalten, was sie nicht auch will. Alles wird darauf ankommen, in welchem Geiste und mit welchem Eifer es zur Ausführung gelangt. In dieser Beziehung kann man Bedenken haben und hat man Bedenken. Dazu kommt, daß bei den rasch wechselnden Situationen der gegenwärtigen Zeit an die Regierung ganz plötzlich neue Anforderungen heranreten können, die in keinem vorher vereinbarten Programm vorgegeben sind. Wie sich die neue Regierung zu ihnen stellen wird, auch das wird für die Haltung der Sozialdemokratie ihr gegenüber mitentscheidend sein.

Nebenfalls scheint die Mehrheit der Mehrheit heute zu glauben, daß das gemeinsame Programm bei einer Regierung Hertling-Payer-Friedberg in guten Händen sein werde. Ob sie damit recht behält oder ob sie sich damit täuscht, wird ohne Voreingenommenheit abzuwarten sein.

Die geplante Kombination hat für uns das Gute, daß sie die Verantwortung für den weiteren Verlauf der Dinge den bürgerlichen Mittelparteien auflegt, der So-zialdemokratie aber kritische Bewegungsfreiheit läßt. Die Kritik der Sozialdemokratie wird sich nun nicht an Namen, Fraktionszugehörigkeiten und Vergangeneiten klammern, sondern sie wird sich einzig und allein mit den Taten der neuen Regierung beschäftigen, sie soll und wird ein genauer Spiegel dieser Taten sein.

Nach allem, was an dieser Stelle schon gesagt worden ist, wird niemand erwarten, daß die Sozialdemokratie den führen-den Personen der wahrscheinlichen neuen Regierung ein über-stürztes Vertrauen entgegenbringt. Das gilt für den Grafen Hertling, mit dem wir uns hier in den letzten Tagen vielfach beschäftigt haben, das gilt aber auch ganz besonders für Herrn Dr. Friedberg. Darf man von ihm die Erkenntnis er-warten, daß das gleiche Wahlrecht in Preußen nicht durch ein-schränkende Bestimmungen in seinem Wert geschmälert, die neue Volkskammer nicht mit geringeren Rechten ausgestattet wer-den darf als das alte Dreiklassenhaus? Wird der national-liberale Führer in seiner Rationalitätspolitik den veränderten Zeitumständen Rechnung zu tragen wissen? Das und anderes sind Fragen, die niemand mit einem herz-haften Ja beantworten kann!

Da die Verhandlungen morgen noch fortauern, also schwerwiegende Änderungen noch möglich sind, ist es noch nicht an der Zeit, der sich ihrem Ende nähernden Regierungs-krisis ein Schlüsselwort zu sprechen. Heute kann nur lobiel ge-sagt werden, daß sie in der inneren Geschichte des Deutschen Reiches einen der wichtigsten Abschnitte bedeutet und daß ihr bisheriger Verlauf die Linien einer aufsteigenden Entwicklung zeigt. Daß die Parteien in stärkerem Maße als bisher die Verantwortung für die Leitung der Reichsgeschäfte über-nehmen sollen, ist hier schon unzähligmale gesagt worden, ebenso daß die Sozialdemokratie diese Verantwortung unter bestimmten Voraussetzungen zu teilen bereit ist, daß sie sich aber wahrhaftig nicht noch ihr drängt. Kommt eine rein bürgerliche Regierung, eine Regierung der Mittel-parteien zustande, so bedeutet das gegenüber den bis-herigen Verhältnissen einen Fortschritt. Und bleibt die Sozialdemokratie vor dem Problem des Ministerialismus bewahrt, so bedeutet das für sie einen Gewinn. Auf jeden Fall scheint aber die Zeit vorüber zu sein, in der ein Minister nur in einem recht schlechten Verhältnis zur Sozialdemokratie stehen mußte, um seine Stellung zu befestigen. Die Vertre-tung der Arbeiterschaft im Deutschen Reichstag möge für alle Zeit eine Macht sein, deren Freundschaft nützlich, deren Trenn-lichkeit zum mindesten erwünscht, deren Feindschaft aber gefährlich ist. Immer wird es dann von der Stellung der Regierung abhängen, wie sich die Sozialdemo-kratie zu ihr stellt.



# Die Angst vor der Parlamentarisierung

Die Verhandlungen, die Graf Hertling mit den Führern der parlamentarischen Parteien geführt hat und führt, beginnen den Alldeutschen auf die Nerven zu fallen. Langsam sehen sie ein, daß etwas Neues im Gange ist und erheben ungestümen Protest.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ schreiben:

Der Sinn der ganzen Kräfte seit dem Abgang Bethmann Hollweg ist ja überhaupt der, auch ohne ausdrückliche Verfassungsänderungen die Reichsregierung zu parlamentarisieren und der Krone den Willen des Reichstags aufzuzwingen. Michaelis widerstrebt dem, und so mußte er gestürzt werden; Graf Hertling widerstrebt und so wird er wieder fallen gelassen werden, wenn er sich nicht beim letzten Ansturm, der im Laufe des heutigen Tages erfolgen dürfte, noch entschließt, der Mehrheit zu Willen zu sein.

Entscheidend und entscheidend zeigt auch der „Lokalanzeiger“:

„Daß bei diesem ganzen Hin und Her, in dem nicht so sehr eigentlich der kommende Mann aussuchen, welche Bedingungen er erfüllen mußte, können wir nicht als einen wünschenswerten Zustand ansehen. Wo bleibt denn da eigentlich der Begriff des Regierens und der politischen Führung in Sinne unserer Reichsverfassung und wo bleiben die Privilegien der Krone?“

Das Blatt wütet dann über Bethmann, dessen Aera wir diese unerhörten Zustände verdanken. Ebenso befürchtet die Post:

„Daß bei diesem ganzen Hin und Her, in dem nicht so sehr die Reichsleitung als vielmehr das Reichsparlament eine entscheidende Rolle zu spielen scheint, eine abermalige Einbuße des Regierungssystems zu verzeichnen sein wird.“

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ sagt:

Wir unterlassen es, darauf hinzuweisen, daß dieses Verlangen an sich verfassungswidrig ist, weil es der Krone die freie Bestimmung nimmt. Man mag darüber sagen was man will, die Tatsache besteht, daß der Vorschlag einer oder mehrerer Persönlichkeiten, in der Absicht, daß diese oder eine dieser Persönlichkeiten von der Krone für den Kanzlerposten gewählt wird, eine Befreiung der Krone bedeutet.

Von löstlicher Kapitulation ist die „Kreuzzeitung“. Wir hatten gestern darauf hingewiesen, daß auch Graf Bestaß mit dem Grafen Hertling verhandelt habe und daß darin eine Verleugnung des konservativen Standpunktes liege, der diese Methode verurteilt. Dazu schreibt die „Kreuzzeitung“:

Das ist aber unlogisch. Im praktischen Leben, zu dem ja auch die Politik gehört, ist nicht jedermann in der Lage, immer nach den eigenen Grundsätzen zu handeln, sondern muß sich den Normen anpassen, die allgemein befolgt werden. Ein Kaufmann z. B. der grundsätzlichen Gegner des Abatitgenes ist, kann dennoch nicht darauf verzichten, wenn seine Konkurrenten es tun. Verlangt der „Vorwärts“ etwa von den Konservativen, daß sie sich an den preussischen Landtagswahlen nicht beteiligen sollen, falls diese nach dem gleichen Wahlrecht erfolgen, dessen Gegner sie sind? Es wäre Prinzipienreiterei, eine zweifelhafte Demonstration gewesen, wenn Graf Bestaß sich einer Aussprache mit dem Kanzlerkandidaten verweigert hätte.

Also hier beginnt man doch schon, Abatitmarken auf das parlamentarische System aufzulegen.

# Bis jetzt in Italien: Ueber 120 000 Gefangene, mehr als 1000 Geschütze.

## Der englische Ansturm auf Passchendaele und Ghelvelst: kleine Vorteile, schwere Verluste. — Artilleriekampf an der Aisne-Front. — Deutsches Vernichtungsgeschütz am Chaume-Walde. — Erfolge am Tagliamento.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 31. Oktober 1917. (B. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In der Mitte der sandrischen Schlachtfrent spielten sich gestern erhellte Kämpfe ab.

Dem morgend über die ganze Front vom Gouthoulier Walde bis zum Kanal Gomines—Ypern andgedehnten Trommelfeuer folgten tagsüber starke englische Angriffe zwischen den von Roulers über Langemark und Zonnebeke nach Ypern führenden Bahnen.

Die Wucht des feindlichen Angriffes richtete sich gegen den Ort Passchendaele, der vorübergehend verloren ging. In ungeklärtem Angriff sturmbewährter Regimenter unter zusammengefaßter Artilleriewirkung wurde das Dorf wieder genommen und gegen später neu einsetzende Angriffe der Engländer in zähen bis zur Dunkelheit währenden Kämpfen voll gehalten.

Unsere seitlich des Dorfes kämpfende Infanterie und die kampferprobten Maschinengewehrtruppen schlugen die sich im Laufe des Tages mehrfach wiederholenden feindlichen Angriffe in unerwarteterm Ausmaß in dem durchwühlten und geschlammten Trichterfeld erfolgreich zurück und nahmen zeitweilig verlorenen Boden in kräftigen Gegenstößen dem Feinde wieder ab.

Neben den Hauptangriffen nordöstlich von Ypern suchten die Engländer auch beiderseits der Straße Menin—Ypern auf Ghelvelst vorzudringen. In unserem gut liegenden Artilleriefeld kamen nur schwache Teile des Gegners zum Vorschein; sie wurden durch die Infanterie und Maschinengewehre zurückgedrängt.

Die am gestrigen Kampfe beteiligten Truppen der 4. Armee haben in vorzüglichem Zusammenwirken aller Waffen einen neuen Erfolg errungen.

Die Engländer haben, ohne Vorteile zu gewinnen, erneut schwere blutige Verluste davongetragen.

## Revolution und Gegenrevolution.

Stockholm, 31. Oktober. (Lacner Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Petersburger Sowjet bildete eine Kommission, welche die Möglichkeit der Verteidigung der Hauptstadt untersucht, die Verantwortlichkeit der Kommandostellen kontrollieren und das Verlassen der Hauptstadt durch die Regierung verhindern soll. Das Proletariat vermutet in den Plänen der Regierung, nach Hinwegziehung der unverlässlichen Garnison durch den Rückzug nach Moskau, Petersburg von dem Getreidegebiet abzuschneiden und, sich auf die Donkosaken stützend, die Unterwerfung Petersburgs zu erzwingen. Unterdessen nimmt der Einfluß der Bolschewiki zu; Lenin erscheint wieder ungehindert in Parteisitzungen und die Bolschewiki beginnen, die unterdrückten Soldatenzeitungen durch neue zu ersetzen und daneben täglich erscheinende Bauernzeitungen herauszugeben.

Der revolutionäre Zwiespalt im russischen Heere ist nach wie vor in voller Gärung. Die Generalversammlung der Abgeordneten der Soldatenverbände an der Nordfront hat eine Entschließung angenommen, welche besagt, daß die Verteidigung von Petersburg eng mit der ganzen Front zusammenhänge, dürfe die Besetzung der Hauptstadt nicht allein über Fragen der Verteidigung von Petersburg entscheiden; daher setze die Versammlung den Arbeiter- und Soldatenrat von Petersburg davon in Kenntnis, daß alle Sonderentscheidungen dahin, daß die Besetzung der Hauptstadt nicht zu räumen habe, scharf mißbilligt und nicht anerkannt werden würden. Dieser Beschluß richtet sich also gegen die Bolschewiki, die in dieser Frage — auf der Hut vor einer militärischen Aktion von russischer Seite — eigenmächtig gehandelt hätten.

Daß der Gegensatz zwischen der Regierung und der Demokratie sich hauptsächlich um die Friedensfrage dreht, ist nicht unbekannt. Die „Nowaja Sijra“ stellt es abermals ausdrücklich fest. Wie sich aus den letzten amtlichen und privaten Meldungen, die aus Petersburg in Stockholm einliefen, ergibt, greift die Regierung zu allen Mitteln, der stark zunehmenden friedensfreundlichen Bestrebungen Herr zu werden. Großen Eindruck soll in der Sitzung des Vorparlamentes vom 28. Oktober eine auf die Reden des Kriegsministers und des Generals Alexejew folgende Erklärung des bekannten Sozialdemokraten Marlow. Er sagte, daß man im Heere wisse, daß der Krieg nicht einen Tag länger dauern werde, um die Absichten derjenigen zu erfüllen, in deren Interesse es liege, den Krieg hinzuzusetzen.

Aber das Friedensbedingen hat durchaus nicht nur seinen Grund in der Sehnsucht, die freibeitliche Umwälzung Russlands besser zu sichern. Auch eßt gegenrevolutionäre Gründe spielen mit. In einem von der Nordarmee an Kerenski gesandten Telegramm heißt es: „Nacht ein Ende mit dem Durcheinanden im Lande oder geht offen zu, daß Russland besetzt ist. Nicht Russlands Stärke wieder auf und laßt Russland sich dem Sieger unterwerfen. Es gibt keinen anderen Ausweg. Unsere Armee bietet ihre Bajonette zur Wiederaufrichtung der Ordnung an. Wohlgeachtet, so redet die russische Nordarmee, die soeben die Eigenmächtigkeit der Petersburger Besatzung höchst abfällig kritisiert.“

## Todesstrafe und Mannszucht.

Petersburg, 30. Oktober. „Kobitschaja Gazeta“ bringt ein Telegramm Kerenski, das bis auf weiteres die Vollstreckung von Todesurteilen an der Front verbietet.

Die Verfügung bedeutet also nicht, daß das nach dem Siege der Revolution alsbald als eine echte Kulturakt ausgeprobenes Verbot der Todesstrafe, das später widerrufen wurde, wiederhergestellt wird. Nur die Hinrichtung wird vorläufig untersagt, aber nach wie vor kann auf Tod erkannt werden. Das Telegramm Kerenski läßt erkennen, daß dies Recht barbarisch ausgenutzt worden ist, und es wird daran schwerlich etwas ändern. Dergleichen Möglichkeiten sind aber ein schlechtes Mittel, wenn der Mannszucht aufgehoben werden soll, was durch Kerenski Verfügung doch beabsichtigt sein wird. Immerhin ist die Verjüngung ein humanes Werk.

## Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Duse-Ridne-Kanal und an der Bergfront des Chemin-des-Dames verstärkte sich der Artilleriekampf gestern erheblich; die französische Infanterie blieb unaktiv.

Auf dem Ouser der Maas hielt unser Vernichtungsgeschütz am Chaume-Walde sich vorbereitende Angriffe der Franzosen nieder.

Auf dem

### Westlichen Kriegsschauplatz

und an der

#### Mazedonischen Front

ist die Lage unverändert.

#### Italienische Front.

Die Bewegungen der aus den Kärntner Bergen vordringenden Truppen der 14. und der Fionzo-Armee nehmen den von der Führung beabsichtigten Verlauf.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

## Abendbericht.

Berlin, 31. Oktober 1917, abends. Amtlich.

In Flandern und am Chemin-des-Dames wechselnde Artillerietätigkeit.

Im Osten nichts Besonderes.

In Italien erfolgreiche Kämpfe in der Niederrung des Tagliamento.

Die Gefangenenzahl hat sich auf über 120 000, die Geschütze auf über 1000 erhöht.

## Der österreichische Bericht.

Wien, den 31. Oktober 1917. (B. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Die verbündeten Armeen des Feldmarschalls Erzherzog Eugen dringen in den Bergen des oberen Tagliamento und in der venezianischen Ebene planmäßig vor. Auf den anderen Kriegsschauplätzen keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

## Die englischen Kriegsfianzen.

Ein Vergleich zwischen deutscher und englischer Kriegsfiananzierung.

Bonar Law forderte im Unterhaus neuerdings 8 Milliarden Mark neue Kredite an und sagte dabei: Von Beginn des Finanzjahres bis zum 20. Oktober habe die durchschnittliche Tagesausgabe 6648 000 Pfund betragen, womit der Budgetvoranschlag um 1 287 000 Pfund überschritten worden sei. Die Mehrausgaben betragen bei Arme und Flotte 300 000 Pfund, bei verschiedenen Dienstzweigen 306 000 Pfund, bei den Vorkäufen an die Alliierten und die Dominions 341 000 Pfund. Er freute sich, daß sich ihm eine Gelegenheit biete zu erklären, wie hoch nicht nur England, sondern alle alliierten Regierungen die sehr vornehme Weise zu schätzen veranlaßt hätten, in der die Regierung der Vereinigten Staaten ihre finanzielle Unterstützung beiden Einläufen in diesem Lande geliehen habe. Es war ein offenes Geheimnis, daß, bis Amerika in den Krieg trat, die Art der Finanzierung unserer dortigen Einläufe und die Frage des Wechselkurses nicht nur erübt, sondern fast unlösbare Aufgaben waren. Die Frage der Ausbringung von mehr Geld durch Besteuerung sei geprüft, aber verneinend beantwortet worden.

Das Unterhaus hat die Kreditvorlage einstimmig angenommen.

## Das Ministerium Orlando.

Das neue italienische Ministerium ist folgendermaßen gebildet worden: Vorky und Inneres Orlando, Äuhere Angelegenheiten Sonnino, Kolonien Colosimo, Justiz Sacchi, Finanzen Reda, Schatz Ritti, Krieg General Alfieri, Marine Admiral Delbono, Waffen und Munition General Dall' Olio, Militärische Wohlfahrtspflege und Kriegspensionen Visolani, Unterricht Veronini, öffentliche Arbeiten Dardi, Ackerbau Milioni, Industrie, Handel und Arbeit Cuffedi, Post und Telegraphen Ferra, Transporte Bianchi. Die Minister haben dem König den Eid geleistet.

Die italienische Kriegspresse arbeitet mit voller Kraft, der Bevölkerung Entschlossenheit, Pflichtbewußtheit, Vertrauen, feste Eingekleidet u. dergl. mehr zu suggerieren, ehe noch genaue Nachrichten den vollen Umfang der Fionzo-Niederlage bekannt werden lassen. Der „Corriere d'Italia“ geht bereits treiben mit dem Schlagwort, das Vaterland sei in Gefahr. Der „Orautore Romano“ tritt für Vereinfachung ein, „mit Verachtung jede Haltung abzulehnen, die geeignet wäre, den führenden Stellen des Landes Verlegenheiten oder Schwierigkeiten zu bereiten“. Man fürchtet also — und mit gutem Grund —, daß das neue Ministerium einen schlimmen Anfang haben wird.

Stockholm, 31. Oktober. (Sig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Italienische Offiziere und sogar diplomatische Stellen verbreiten die groteske Behauptung, daß die feinerzeit durch Italien gestrichen Sowjet-Delegierten durch ihre damalige Propaganda diejenige Niederlage der italienischen Armee mitverschuldet hätten.

## Die Ministerkrise in Spanien.

Demokratischer Widerstand gegen Koalition.

Die alten demokratischen Minister vereinigten sich unter dem Vorky von Alzucemas und erklärten einstimmig, alle Vermählungen zur Bildung eines Konzentrationskabinetts zurückzuweisen, da eine von Sanchez Laca gebildete Regierung immer noch rechts neben würde, während die demokratische Partei eine entschiedene Orientierung nach links verlangt. Sanchez Laca hatte eine Unterredung mit Alzucemas und erklärte, daß alle Parteien der Linken es ablehnen, sich an einem Konzentrationskabinetts zu beteiligen, wenn es nicht sofort die Kammer zusammenberufe. Laca setzte die Verhandlungen fort und leitete die Kabinettsbildung ab, nachdem Prieto und mehrere andere Konarquistes ihm die Unterstützung verweigert hatten. Nach einer Habasmeldung glaubt man, daß der König Prieto berufen wird. Diese Kandidatur tauchte bekanntlich vor Lacas Berufung schon in Pariser Nachrichten auf.

## Die Verfolgung der Italiener.

Wien, 30. Oktober. Aus dem Kriegspressequartier wird ebenfalls mitgeteilt: Die Verfolgung der geschlagenen Italiener geht glatt vorwärts.

Wien, 30. Oktober. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Unaufhaltsam über den hochgeschwollenen unteren Fionzo nachdrängend, dessen vom Feinde zerstörte Brücken bereits wieder hergestellt sind, stoßen die österreichisch-ungarischen Truppen, unbehindert durch starke Gewitterstürme und Regengüsse, hier bereits gegen die Reichsgrenze vor, allenthalben reiche Kriegsgüter vorfindend, die der eilig weichende Feind trotz zahlreicher Brandstiftungen nicht mehr zu retten vermochte. Ublau ist bereits überschritten und der prächtige Schwung der deutschen Divisionen und der mit ihnen vereinten u. n. R. Truppen freudig nördlich davon dem oberen Tagliamento zu, an dem das besetzte Lager von Gemona den Austritt in die Ebene schloßen soll.

Au der Iarnischen Front liegen alle jene Punkte, die oft in unserem Heeresbericht Erwähnung fanden, vom Widenpach und Hludenitzofel angefangen bis zum Graundaberger und den oft blutig umkämpften Mittagskofel südlich Ralsborghet hinter der Front der nachvoll gegen den obersten Tagliamento trotz Regen und Schneefall vordringenden Armee des Generalobersten Freiherrn v. Krobatin.

Wien, 31. Oktober. Aus dem Kriegspressequartier wird am 31. Oktober, abends, mitgeteilt: Unsere Armeen nähern sich unter erfolgreichen Kämpfen mit italienischen Rückzügen dem Tagliamento. Palmanova wurde gestern besetzt. Die Zahl der Gefangenen übersteigt 120 000, die Geschütze mehr als 1000.

## Sorgen der Entente.

Wie dem „Nieuwen Rotterdamischen Courant“ aus London berichtet wird, schreibt die „Times“: Wir fürchten, daß die Behauptung des Feindes, daß die ganze italienische Fionzo-Front zusammengebrochen ist, größtenteils richtig ist. Es wäre vorzuziehen, anzunehmen, daß Udine, welches einige sehr starke Verteidigungsbatterien besitzt, tatsächlich preisgegeben werden wird. Man wird sich aber auf diese Möglichkeit nicht allzusehr verlassen dürfen. Wenn, wie am Fionzo, eine ganze Front auseinanderfällt, ist es gegenüber einer scharfen Verfolgung sehr schwierig, sie wieder zu rekonstruieren. Eine andere ernste Aufgabe ist, daß die Linie in den Kärntner Alpen bis zu dem Bladenpach nachgibt. Zweifellos wird bald die ganze Gebirgsfront in Kärnten und Cadore gefährdet sein. Die Alliierten setzen sich einer gefährlichen Lage gegenüber, und dies ist vielleicht erst der Anfang. Wenn Udine geräumt werden wird, wird Cadorna trachten, am Tagliamento Widerstand zu leisten.

Italienischer Heeresbericht vom 30. Oktober. Während des gestrigen Tages wurde die Rücknahme unserer Truppen auf die beschlossenen Stellungen fortgesetzt. Die von uns ausgeführte Herdringung der Fionzobrücken und die wirksame Tätigkeit unserer Besatzungsabteilungen haben den Vormarsch des Feindes verlangsamt. Unsere Kavallerie hat Fühlung mit den feindlichen Vorposten genommen.

Wie aus Lugano verlautet, ist die italienische Schweizergrenze wegen großer Truppenverschiebungen gesperrt worden.



Groß-Berlin
Fauler Filmzauber.

Die zappelnde Leinwand kann sich jetzt einen magischen Einfluss zuschreiben, der das Theaterleben noch in den Schatten stellt. Neben den erzhingenden Namen der Weltgeschichte sind die eines Stuart Decks und Joe Decks nicht viel weniger zu Geldebegriffen der Volkspopie geworden.

Und es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn sich nicht „Geignete“ finden sollten, die diese Sehnsucht auf weiblichste Auszubehuten suchen, besonders auf dem um geschäftstüchtige Elemente nicht verlegenen Pflaster Berlins.

Die Enttäuschung bleibt natürlich in keinem Falle aus. Wohl, es wird ein wenig „gestell“ und gemimt, aber Sachverständige erklären das für glatten Humbug, der im höchsten Maße geeignet sei, wirklich Talentierte zu verbilden.

Reaktionäre Gründungen.

Die Bestrebungen des Bürgerausschusses Groß-Berlin, die auf ein einheitliches Groß-Berlin gerichtet sind, haben den Widerstand aller Kirchturnspolitiker hervorgerufen, der sich jetzt in nachfolgenden Gründungen kundgibt.

Im Charlottenburger Rathaus hat am Dienstag eine Zusammenkunft im Groß-Berliner kommunalen Leben stehender Persönlichkeiten stattgefunden, um zu den schwebenden Fragen der Reorientierung Stellung zu nehmen.

Der zur Vorbereitung eines engeren Zusammenschlusses der großen Vorortgemeinden im Kreise Teltow eingefasste Ausschuss hat Dienstag abend die von ihm entworfenen Leitlinien, die Säugung der Gemeinschaft und die der zu gründenden Ortsgruppen zu Ende beraten.

Brühwürfel.

Ueber Fleischbrühwürfel und deren Ersatzmittel hat der Stellvertreter des Reichsausschusses strenge Bestimmungen getroffen. Sie dürfen die Bezeichnung „Fleischbrühe“ oder eine gleichartige Bezeichnung wie „Rohbrühe, Bouillon, Nahrungsbühe“ usw. ohne das Wort „Ersatz“ nur unter bestimmten Bedingungen erhalten.

Verlängerung der freiwilligen Ablieferungsfrist für Kupfergegenstände usw.

Die Frist zur freiwilligen Ablieferung der beschlagnahmten Einrichtungsgegenstände aus Kupfer, Messing, Rotguld, Zinn, Bronze ist auf kurze Zeit verlängert worden.

Sämtliche durch öffentliche Bekanntmachung vom 16. Oktober 1917 enteigneten Gegenstände aus Aluminium sind sofort bei Vermessung gerichtlicher Versteigerung in den Sammelstellen abzuliefern.

Staatlich anerkannte Handelsschulen.

Der Magistrat Berlin teilt mit: Auf Anordnung des Polizeipräsidenten sind in letzter Zeit mehrere Privathandelsschulen geschlossen worden, weil sie in Einrichtung, Lehrplan, Lehrpensum, Leitung und Leistungen nicht den Anforderungen entsprechen, die von der Schulaufsichtsbehörde gestellt werden.

Geschäftsleute und Eltern junger Mädchen sind häufig der Meinung, daß die privaten Handelsschulen in ihren Leistungen so vollkommen sind, daß der Besuch der Pflichtfortbildungsschule für Konzortistinnen oder Verkäuferinnen dadurch unnötig wird, und auch die Schülerinnen sind oft der Ansicht, daß sie durch den Be-

10 Gebote für Feldpost-Abonnenten!

5. Gebot:

Bestelle und bezahle den „Vorwärts“ immer auf dieselbe Art. Nicht einmal hier und einmal da, denn dies gibt nur zu Irrtümern Anlaß. Du bekommst den „Vorwärts“ dann unter Umständen doppelt und sollst schließlich an mehreren Stellen bezahlen.

Bestellschein für neue Abonnenten!

Hiermit bestellen wir den „Vorwärts“, Berliner Volksblatt, als Feldpostsendung. Das Bestellgeld von M. 1,30 pro Exemplar und Monat folgt per Postanweisung.

Gruppenteil bezw. Adresse:

Juch der privaten Handelsschulen ohne weiteres vom Besuch der Pflichtfortbildungsschule befreit seien. Eine solche Auffassung ist irrig. In die Direktoren der Pflichtfortbildungsschulen werden nun von Eltern und Geschäftsinhabern häufig Anträge gestellt, junge Mädchen, die eine private Handelsschule besucht haben, zu prüfen, um von der Pflichtfortbildungsschule befreit zu werden.

Bei den gestrigen Stadtverordneten-Ergebnissen in Berlin wurden ohne Gegenkandidaten gewählt: Im 7. Gemeindebezirk der II. Abteilung Dr. Deutsch, im 12. Gemeindebezirk der I. Abteilung der Kunstfabrikant Willi Schwan und im 5. Gemeindebezirk der II. Abteilung der Chefarzt des Rudolf-Virchow-Krankenhauses Prof. Dr. Blankenburg.

Auffeuernde Verhaftungen von Lebensmittel-schiebern

haben in den letzten Tagen in der Gemeinde Friedrichsfelde-Karlshorst stattgefunden. Ende September wurde der Bürgermeister dieser Gemeinde, Herr Ungewitter, in der Gemeindevertretung über die Verhaftung des als Einkäufer für Lebensmittel angelegten Kaufmanns Grüner interpelliert, der bei Einsetzung des Lebensmittel-Ausschusses mit der kaufmännischen Verwaltung beauftragt worden war.

Wilmersdorf, Lebensmittel. Neben den Kindern im 11. Lebensjahre sollen auch Kinder vom vollendeten 11. bis zum vollendeten 12. Lebensjahre demnächst einmalig konzentrierte Magermilch erhalten.

Bis Donnerstag, den 8. November, einschließlich werden auf Abschnitt O der Bezugskarte für Einzelpersonen 100 Gramm Teigwaren zum Preise von 15 Pf. abgegeben.

hat in demjenigen Geschäft zu erfolgen, in dem der Karteninhaber zum Bezuge von Kolonialwaren eingetragen ist.

Bis zum 21. November kann auf Abschnitt 32 der Karte ein Ei entnommen werden.

Göpenick, Stadtverordnetenversammlung. In Vordergrund der Stadtverordnetenversammlung am Freitag stand eine umfangreiche Vorlage über Feuerungszulagen für städtische Beamte und Arbeiter. Die am 1. Oktober 1916 in Kraft getretene Regelung umfaßt alle in städtischen Diensten stehenden Personen bis zu einem Jahreseinkommen von 6000 M., sofern sie zu den ständigen rechneten, d. h. daß sie vor dem 1. August 1914 eingestellt waren.

In der Distrikon ersuchte Genosse Wais um weitestgehende Berücksichtigung der Wünsche der nichtständigen Arbeiter und Arbeiterinnen und bedauerte, daß eine Gleichstellung nicht zu ermöglichen war.

Früherer Lebensstil. Unter Vorstuh des städtischen Lebensmittelspezialisten beschäftigten sich die interessierten Geschäftsleute mit der Verklärung der Geschäftszeit. Man einigte sich auf folgende Zeiten: Kaufleute, Kolonialwarenhändler und Gemüsehändler 8-1 Uhr und 8-7 Uhr, Bäcker 7-1 Uhr und 8-7 Uhr, Schlächter 8-12 Uhr und 4-7 Uhr.

Kreis Niederbarnim, Mangelhafte Krankenfürsorge. Ueber die Nahrungsmittelversorgung im Kreise Niederbarnim ist des öfteren an dieser Stelle Klage geführt. Auch die öffentliche Feststellung dieser Mängel scheint bisher eine Abhilfe an zuständiger Stelle noch nicht ausgelöst zu haben.

Weigensee, Lebensmittel. Die Gemeinde hat sich einen größeren Posten getrockneter holländischer Pastinaken gesichert, die demnächst zum Verkauf gelangen sollen.

Rosow, Lebensmittel. Heute werden in den 5 Verkaufsstellen der Gemeinde auf Abschnitt 10 Räucherwaren abgegeben. Bis Montag, den 5. November, findet auf Abschnitt 17 die Ausgabe von 1 Pfund Pflaumenmarmelade zum Preise von 64 Pf. statt.

Berichtszeitung.

Ein unberechtigter Eingriff in die religiöse Erziehung.

Der katholische Amtsgerichtsrat Ebel in Dortmund und seine evangelische Frau waren sich darin einig geworden, daß ihre Tochter in der evangelischen Konfession erziehen werden sollte, und hatten sie in die evangelische Schule geschickt. Die Schulbehörde verlangte dann jedoch von den Eltern, daß sie eine öffentlich beglaubigte Erklärung abgeben sollten, daß sie über die evangelische Erziehung des Kindes einig seien.







Die Kranführerin.

Der Umkehrung, der vielfach in der Wertung weiblicher Arbeit eingetreten ist, spiegelt sich in einer anschaulichen Schilderung der Tätigkeit einer Kranführerin, die die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht.

Schichtwechsel. Die Arbeiter und Arbeiterinnen können hier aus dem Werke heraus und sitzen dort hinein. In den weitläufigen Hallen, in denen aus Hoheisen und rostigen alten Eisenstrot aller Art im läuternden Schmelzbad neuer blanker Stahl zu Artilleriegeschossen erzeugt wird, blicken einige schlaffe, dunkelgelbe Gestalten an die Krane, die das alte Eisen ununterbrochen heranzuschleppen haben, um die hungrigen Ofenmünder zu stopfen; sie klammern mit der Gewandtheit von Glöcknern auf die langen Brücken, die Hauptgestelle dieser Förderungsmaschinen, prüfen die Lager und Drehbüchsen, sehen nach, ob an den Laufrollen alles in Ordnung ist, und turnen auf den tieferhängenden Führerstand hinab. Dort gilt es, mehr als ein halbes Dutzend von Hebeln zu bedienen, und mit Hilfe feinerer elektrischer Maschinen den Kran in Bewegung zu setzen, nicht nur vor- und rückwärts, auch seitlich und mit Drehbewegungen jeglicher Art. Da heißt es scharf aufpassen, in bedrohlichen Augenblicken die Gesichtsgewandtheit nicht verlieren und vor allem ruhig und sicher arbeiten. Denn von der Schmelzhitze und Sicherheit, mit der die Eisen freistehenden Ofenmünder bedient werden, hängt es mit ab, wieviel Tonnen Stahl zu Munitionsgewichten in einem bestimmten Zeitraum erzeugt werden können. Zu unserem Erlaunen sehen wir, daß diese Arbeit von jungen Mädchen und Frauen mit gutem Erfolg geleistet wird.

Zunächst bewegen sich da einige Krane, von deren Laufwege ein 2000 Kilogramm schwerer elektrischer Magnet herabhängt; die Brücke surrt mit lautem Getöse heran, die Laufwege eilt unterdessen ihr entlang nach vorn und als beide stillstehen, senkt sich der riesige Magnetkopf auf den bereitstehenden Eisenbahnwagen, mit dem Hoheisenstrot hinab, jagt alle Stücke, große und kleine, Bleche, Klöße, Schrauben, Werkzeugteile usw. mit unwiderstehlicher Kraft an sich und schenkt sich alsdann über die seitlich stehenden eisernen Wälder, in die sämtliche Anhänge, vom Magneten losgelassen, mit einem Ruck hineinfallen. Ein zweiter Kran fährt heran, erfährt die Wälder mit einer großen Geschwindigkeit, fährt sie weg zu einer Woge, und legt sie, nachdem sie abgewogen sind, in langer Reihe auf einer Pant hübsch nebeneinander nieder. Das wiederholt sich ununterbrochen Tag und Nacht. Mittlerweile hat einer der drei mächtigen Stahlföhrer seine ganze Speise in die riesigen Gefäß um entleert, und nun heißt es, den Ofen möglichst schnell wieder mit etwa 18000 Kilogramm Hoheisenstrot und Hoheisen zu füllen. Mit donnerndem Getöse läuft die breite Strandbrücke der Beladungsmaschine daher, ruckstucklos den weiten Raum bestreichend und jeden bedrohend, der sich nicht rechtzeitig hinter die Stahlföhrer drückt oder schnellstens Notruf ruft, um das Ungewitter über sich herabzulassen zu lassen.

Im Führerstand sitzt die erst 18jährige tüchtige „Kranmarie“, die Werke aller Kranführerinnen. Sie bedient ihre sieben Hebel mit einer Sicherheit und Kaliblität, die alle Welt bewundert. Der Betriebsführer rühmt von ihr, daß er niemals einen besseren männlichen Kranführer gehabt habe. Sein Gehülfe ist zwar grundsätzlich der Ansicht, daß die Frauen schnell auch schwierigere Arbeiten lernen und sie eine Zeit über mit Fleiß und Umsicht betreiben, daß sie dann aber langsam, gründlich und dauernd in ihrem Eifer erlahmen, und von da an ihre Leistungen unter dem Durchschnitt zu bleiben pflegen. Seine Grundzüge aber haben neuerdings eine starke Erschlüftung erfahren, nachdem die — in ihrer Art allerdings einzige — Kranmarie schon seit mehr als einem halben Jahre ihren Dienst Tag und Nacht mit gleicher Genauigkeit und Besonnenheit verrichtet. Obgleich sie sowohl den ganzen Kran wie auch seine Laufwege und deren anhängenden Greifschwengel stets in scharfster Gangart laufen läßt, ist ihr ein Zusammenstoß überhaupt noch nicht vorgekommen. Dabei muß man wissen, daß überall und nach allen Seiten Gelegenheit zu einem solchen mit der außerordentlich schnell und beweglich arbeitenden Maschine gegeben ist, und daß derartige Zusammenstöße — oft mit bedeutendem Materialschaden und empfindlichen Betriebsstörungen — keineswegs etwas Ungeordnetes sind, vielmehr mit ihnen stets gerechnet werden muß. Es genügt, daß ein Hebel um eine Sekunde zu spät bedient wird, und es erfolgt ein Anstoß, der vielleicht einen Ausfall von 200 bis 300 Tonnen Stahlerzeugung bedeutet.

Der Kranmarie freilich, die aus einer Arbeiterfamilie stammt,

scheint die Befähigung zur völligen Verrichtung der Lademaschine angeboren zu sein. Kaum hält die Brücke an, so ist die Krane an ihr durch Drehen und Rückwärtsfahren genau in der Lage, daß der Greifschwengel mit dem eisernen Griff seiner gewaltigen Tonne eine jener jähregefüllten Wälder in einem Gesamtgewicht von etwa 3500—2000 Kilogramm packt, aufnimmt und in eisigen Lauf durch den weiten Raum jagt, wobei wiederum die ganze Brücke vorfährt, die Krane auf ihr entlang fuhrwerk und gleichzeitig sich der stark ausgestreckte Arm mit der Eisenlast in feiner Fahrt dreht und wendet. Bei dieser rasenden Fahrt und den verzwickten Bewegungen der Kranmarie findet die Führerin unterwegs noch einen Augenblick Zeit, um die blaue Schutzbrille über die Augen zu schieben, denn den Anblick auch des geleerten, weißglühenden Ofenschmelzbad durch die gedimmete Ofenlupe erträgt kein ungeübtes Auge. Wie mit einem Nietenlöfler langt der eine Greifschwengel in diese fennende Hitze hinein und entleert die Wälder in den weiten Rachen des Ofens. Dabei hat die Kranführerin wohl darauf zu achten, daß Schrot und Hoheisen auch hübsch gleichmäßig verteilt im Ofen liegen, denn sonst kommt nicht genug Stoff auf einmal in den Ofen, und das Ergebnis wäre wieder eine Einbuße in der Stahlerzeugung. Wälder auf Wälder bringt der Kran in rasender Eile heran; in einer Zeit von etwa zwanzig Minuten ist der Ofen mit einer Gesamtbeladung von 18 Tonnen gefüllt, schließt das riesige Maul und beginnt jenen glühenden Verdauungsprozess mit Hilfe mächtiger Gebläsemaschinen in seinem feuerfesten Steinmager, dessen Endergebnis in Form zerplatzender Granaten den Schug und die Waffe unserer Feldgrauen, der Front und des Reiches bildet.

End die Ofen gefüllt und so mit sich selbst beschäftigt, so hat die Kranmarie ihre Ausharfen, die selbst das eifrig betriebene Pulken und Schmirren aller ihrer Arnteile nicht völlig auszufüllen vermag. Da findet sich Zeit, mitten in dem todbenenden Getöse eine Postkarte an einen fernem Feldgrauen zu kriegeln, die von der Arbeit arg mitgenommenen Hände zu pflegen oder mit Hilfe des kleinen Taschenspiegels sich darüber Gewißheit zu verschaffen, daß die feste Wälder um das Kopfhaar, die Krone am Halsanschnitt des Arbeitstisches und die Uhr am Lederarmband gut sitzt. Ihre Genossinnen an draußen arbeitenden Kränen haben solche Freiheiten nicht, freilich kommt es bei ihnen auch nicht auf eine solche Gestaltung der Arbeitsleistung innerhalb der kurzen Frist an, die durch die schleimigste Neubeladung eines solchen geleerten Stahlföhrer geboten ist. Unterhält man sich mit dieser hervorragenden tüchtigen Arbeiterin, so hat man durchaus den Eindruck eines körperlich und geistig wohlentwickelten, frischen jungen Mädchens, das mit keiner Beschäftigung sich zufrieden weiß, und das — ganz abgesehen von ihrem Verdienst von 180—200 M. monatlich — höchstens der Gedanke verdrückt, daß sie nur 60 Proz. von dem verdienen kann, was an ihrer Stelle ein Mann verdienen könnte. Aber das ist nun einmal so! Alle aber, sie mögen für oder gegen Frauenarbeit sein, geben unumwunden zu, daß sie früher derartige Arbeitsleistungen von einer weiblichen Hand für völlig undenkbar gehalten und jeden Gedanken an eine solche Möglichkeit ohne weiteres lächelnd abgelehnt hätten. In Friedenszeiten wird sie ihren Platz vermutlich wieder räumen müssen, jedenfalls zum großen Leidwesen der Sämelzer ihrer Schicht, denn deren Lohn ist durch die Menge der Stahlerzeugung bedingt, und wie sehr diese von der gewandten, sicheren und schnellen Verrichtung der eisernen Defen abhängig ist, wissen sie sehr gut. Alles in allem bewahrt sie sich auch hier der Spruch des alten Weisen: der Krieg ist der Vater aller Dinge.

„Süße“ deutsche Landschaften.

Auch der Jüder geht jetzt zu den mit besorgter Liebe gepflegten und begabten Mädchenschönen, die ein bezorgtes Mädchen in der Borratskammer beanspruchen dürfen. Da ist es heute von besonderem Interesse, sich die nicht allgemein bekannte Herkunft und Verbreitung dieses geschätzten Nahrungsmittels im deutschen Heimatlande vor Augen zu führen. Das Heimatgebiet des weissen deutschen Nudenzuders ist das weite mitteldeutsche Gebiet rund um den Harz herum; bis heran nach Hannover, Jena, Ostbay und in die Altmark. Dort ist das Herz des ganzen deutschen Jüderlandes; Magdeburg, der bedeutendste Jüderhandelsplatz ganz Deutschlands. Neben Magdeburg steht weit emporragend die alte Herzogstadt Braunschweig, wo sich auch eine Schule für Jüderindustrie befindet. Um Lüneburg herum wird bedeutende Jüderzucht betrieben, und das im Stadtbild mittelalterlich gebliebene Tangermünde a. d. Elbe beherbergt Deutschlands

größte Jüderzucht. Im Westen sind die Jüdergegenden Sieberstein, in der pfälzisch-rheinischen Ebene und Schwabenlande. Bedeutenden Jüderzucht betreibt der deut. Osten, hauptsächlich das schlesische Oberland. Dort wurde 1801 Künern bei Woblen die erste Jüderfabrik Europas gegründet.

Ein Jüderland ist auch Rußland und das rechts der Weich gegenüber liegende Kulmerland. Die vielen russischen Jüderfabriken liegen meist in der Umgebung des Soolbades Hohenfals. Bedeutend ist fernerhin der Jüderzucht in Pommern. Die Jüderfabrik in Anklam ist die zweitgrößte des europäischen Festlandes, während sich die größte des Deutschen Reiches in Culmbach befindet (1914 verarbeitete sie 5145000 Zentner Nudeln). Die größte Jüderzucht des deutschen Ostens befindet sich in Stettin, mit einer Jahresleistung (im Frieden) von 2½ Millionen Zentnern. In großem Umfange wird die Jüderlieferung auch in der Weichsel-Nogat-Niederung, in der Provinz Posen und im Oderbruch betrieben. Infolge der benachbarten bedeutenden Jüderherstellung ist Thorn zu einem wichtigen Umschlagplatz für Jüder geworden. Durch hochentwickelte Jüderindustrie zeichnen sich u. a. die Orte Kosch i. M., Neufahrwasser, Snelen, Dirschau, Frankau und Jauer aus. Sehr gering ist die Jüderproduktion in der Provinz Ostpreußen, wo die Jüderfabrik in Haffenburg bis in die neuere Zeit das einzige derartige Werk der ganzen Provinz blieb. Die Jüder verarbeitende Industrie ist natürlich unabhängig vom Nudenzuchtgebiet. So sind denn die Jüderwaren- und Schokoladenfabriken über ganz Deutschland verteilt.

Die zweite Ehe eines Storchs.

Bevor folgend in seinem Tierleben aus allen Beobachtungen, daß die Ehe eines Storchpaares für das ganze Leben geschlossen wird, und erzählt im Anschluß daran eine verbürgte Geschichte von einer Storchin, die nach dem Tode ihres Gatten trotz vieler Weiber der 11 Jahre alten blieb. E. Zieprecht hat nun in Hudemühlen an der Ahr eine Beobachtung über das Familienleben der Störche gemacht, die eine Ausnahme von der Beibringung bildet. In diesem Jahre, so erzählt er in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“, sah er die Störche in einem alljährlich bezogenen Neste zum ersten Male, als sie gerade brüteten. Nach einiger Zeit kam er wieder an den Ort. Das Storchennest enthielt eben ausgeschlüpfte Junge, aber nur einen alten Storch; der andere war nach den Angaben der Ortsbewohner im Flug gegen die elektrische Hochspannungslinie gestochen und dadurch umgekommen; Kinder der Nachbarschaft hatten ihn befestigt. Ob es der Storch oder die Storchin war, ließ sich nicht ermitteln. Bei einem dritten Besuche des Ortes sah Zieprecht zu seiner Überraschung wieder zwei alte Störche auf dem Neste; der Weiber (oder die Weiber) hatte sich anscheinend nach dem Verlust des Gatten getraut und ließ sich bei der Pflege und Aufzucht seiner Jungen durch eine Stiefmutter oder einen Stiefvater helfen!

Notizen.

- Im Kupferstichkabinett ist eine Ausstellung „Luther und seine Zeitgenossen“ eröffnet.
- Zum Teufel mit den Bilzfuchern — so ungefähr hatte sich ein Kurod in der Zeitschrift „Bild und Hund“ ausgelassen. Man kennt ja Text und Melodie seit langem: Der Wald ist für das Wild und die Jäger; alle andern haben darin nichts zu suchen. In diesem Sinne werden ja auch, als ob wir noch mitten im Jagdabolismus lebten, in einem gewissen thüringischen Staate sogar in den staatlichen Forste die Wege gesperrt und die Bürger bestraft, die im Walde singen — alles, damit die hochedlen Hirsche nicht gestört werden. Befagter Kurod hat sich aber mit seinen Bilzfuchern — er hält sie für ungesund, weil sie nicht in der Sonne wachsen usw. — so blamiert, daß ihn ein anderer Jäger in der gleichen Zeitschrift (Nr. 49) über die elementarsten naturwissenschaftlichen Dinge aufklären muß.
- Der „Revolutionär“ Hervé unter Polizeiaufsicht. Mit der bekannten Wichtigtuerei erzählt der Revolutionär a. D. Hervé ein Attentat, dessen Opfer er — beinahe gestorben wäre. Man kann sich vorstellen, wie er sich dabei mit seiner Kaltblütigkeit dieke tut (freilich immer in Gesellschaft des „Bürgers Bröning“). Leider kam er aber zu keiner Heldentat, da die Geheimpolizei ihn so gut bewachte, daß der angebliche Attentäter gar nicht an ihn heranlang. — Wenn der Feuerhader wenigstens Humor hätte, so könnte er sich jetzt über sich selber lustig machen.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines lebenden Jahrhunderts. Von R. Francé.

Er stand auf und hatte seine Haltung wiedergesunden. Sofort aber sagte ihm der Dämon, dessen Stimme jeder in den Stunden der Reue vernimmt: warum bist du dann vor der Polizei, zu der du doch selbst gehörst, davongelaufen? Das allein schon macht dich verdächtig. Und seitdem die bösen Gedanken nun wieder Zugang zu seiner Seele gefunden hatten, stürmten sie mit voller Macht auf ihn ein, überflürzten sich und verjagten alle Besinnung. Angstvoll horchte er in die Stille der Nacht — ob nicht die Verfolger sein Versteck aufgespürt? Und wie sollte er von hier wieder weg? Man hatte doch sicher Wachen aufgestellt.

In diesem Punkte irrten seine Gedanken zum erstenmal zu Regina zurück und zu der Stunde des nächtlichen Stillstehens.

Verzweiflungsvoll griff er sich an den Kopf — wie sehr hatte Regina doch recht gehabt mit ihrer Warnung! Wie jetzt vor sie hinstreten? Vorbei alle Hoffungssträume, um sie noch werden zu können! Jetzt, da er selber nicht mehr wußte, ob er noch Amt und Brot behalten würde.

Da ging eine Tür. Nicht im Garten, sondern im Hause selbst. — Ein lüchtes Kleid verriet die Geliebte, deren von der langen Erwartung geschärftes Auge auch ihn erkannte. Mit einem unterdrückten Freudenschrei eilte sie ihm entgegen, aber ihr Gefühl empfand aus der inbrünstigen und schmerzlichen Art, wie er sie küßte, daß den geliebten Mann eine Sorge drückte.

„Was hast Du? Dir ist etwas! Reinhard verberge mir nichts — es ist etwas geschehen.“ Angstvoll spähte sie trotz der Dunkelheit nach seinen Mienen.

„Ich wußt es ja — o, meine Ahnung! Heilige Mutter Gottes!“ Mit wenigen Worten hatte er das Vorgefallene erzählt und blickte nun verzagt vor sich hin. Selbste Erbarnten erfüllte ihr Herz, und damit kam ihr die Ruhe der Ueberlegung. Sie unterdrückte ihr Weinen.

„Kommt! Man darf Dich hier nicht finden. Beiß niemand, daß Du hier bist?“

Und sie zog ihn an der Hand durch das Dunkel des regenfeuchten Gartens, in dem es überall von dem im Nachwind leise zitternden Gezweig tropfte. . . .

Regina führte den Geliebten in eine dunkle Stube — es war das Kontor, in dem die alte Uhr mit gleichmäßigem Takt ging.

Während sie hinwegeilte, um heimlich den Schlüssel zum Seiteneingang des Ladens zu holen, drangen auf Solms alle Gespenster neuer trüber Gedanken über das, was sie ihm erzählt, ein. Daß der Vater auf ihre kategorische Belagerung an den Griesgram von Romms ihr junges Leben zu verlieren, erst aufgeföhren, dann aber gar nicht so unzugänglich gewesen sei, als sie frant und frei bekamte, wenn ihr Herz gehöre. Daß er sogar gemeint, es sei ihm eigentümlich ganz lieb, einen Eidam gerade in der Beamtenchaft zu haben, der nun sorgen könne, daß man ihm gebührende Achtung erwelse. Und nun . . .

Reinhard hatte mit finsternen Mienen zugehört. Ein Frösteln kroch an ihm herauf und etwas würgte ihn. . . . Deshalb Eidam, schob es ihm durch den Kopf und verschwand dann wieder in der entschlichen Deere, die er im Innern fühlte.

Fast willenlos ließ er sich von dem Mädchen die von ihm noch immer mechanisch festgehaltenen Broschüren und Schriften, aus denen er des Abends seine Rede gehalten, abnehmen; gleichgültig, niedergeschmettert von der ihm ungeheuer scheinenden Tragik des Augenblicks trat er auf die stille Gasse und wie ein Automat, ohne Sorgfalt und Vorsicht und gerade deshalb unverdächtig und unangefochten ging er in sein Heim. Regina aber legte die unglückseligen Schriften, aus denen dies Unheil entsprungen, sorgfältig zusammen und trug sie hinauf in ihre Stube. Sie hatte noch die Kraft, auf die heimlich aus dem Türspalt im Vorbeigehen geflüsterte Frage der Tante zu antworten.

„Ja er war’s.“

Nach öffnete das Tändchen im mackerischen Nachtgewande die Tür und lachte voll Rührung: „Seid ihr glücklich, Kinder?“

„Ja, wir sind sehr glücklich.“ antwortete Regina tonlos und trat dann rasch vor der verdumpten Alten in ihre Kammer. Dann sagte sie laut:

„Jetzt werd’ ich doch nicht Sekretärin.“

Und als ob erst diese Konstatierung die Niegel des Schmerzes geöffnet hätte, schlug nun die Verzweiflung über sie herein. . . . Laut aufweinand warf sie sich über das Bett. . . .

Mitten in ihren Tränen fühlte sie auf einmal, daß dieser herzzerstörende Schmerz sie zur Dichterin mache. Sie stand auf, suchte ein kleines, rostbeugebundenes Büchlein und schrieb den großen Gedanken hinein, den sie soeben erfährt:

„Heut’ abend hab’ ich empfunden, daß das Leben weher tut als das Sterben selbst.“ Und der Gedanke gefiel ihr so gut, daß sie zu guter Letzt darüber fast geträstet einschielte.

Zweites Buch.

Auf der Türe, welche durch die geheime Registrator der Polizei zu dem Arbeitszimmer des Statthaltervertrates führte, stand in sauberer Schrift aufgemalt:

Kanzleistunden 8—12 Uhr 2—6

Die achte Morgenstunde hatte aber noch nicht geschlagen und schon sah der Kanzleischreiber Johann Nepomut Best an seinem Tisch und schrieb auf das emsigste an seinem Bericht über die Vorgänge im dix. Illuminatenkasten im Hof des Bonshabschen Hauses, die zur Verfassung zweier aufrührerischen Individuen, des Seb. Michalansky und eines Studenten namens Jakob Peifer führten.

Mit ingrinniger Genugtuung betrachtete er den Satz von den „zweien aufrührerischen Individuen“, murmelte einiges in Ertrügendes in den Schnaubart, den er als gewesener Soldat trug, und schrieb dann eifrig weiter:

„Wie der gleichfalls in Amtspflicht anwesende Sekretär de Solms leichtlich bezeugen kann, hat trotz dessen Warnung zur resolution und Contentance im besonderen der Michalansky über die Rachen geschimpft und ist er assistiert worden von dem Studio Peifer, der specialiter schrieb: es sei aufrührerischer, aufrührerisch zu regieren, als aufrührerisch zu reden. Befagter Michalansky, den seine Verpflichtung einer hochl. Polizei gegenüber zu besonderer reservatio obligierter hätte, hat sich nicht entblödet, zu aufrührerischer Tat aufzufordern. So weit in dem Lärmen und Loben mit Sicherheit unterschieden werden konnte, erbot er sich, die Purche anzuföhren, um einen als Fanatismo bezeichneten Subjekt, unter welchem Geheimwort wahrscheinlich der Schneider Janakitz in der Schmalzbutelgasse zu verstehen ist, bestimmte Juwelen und Talismane zu entreißen, von denen sich die Versuchorenen offenbar gewisse Vorteile für ihr lichtschenes Tun erhoffen, wozu sich der mehrfach genannte Michalansky ausdrücklich als Führer anbot, weshalb allein schon seine Verhaftung, um sofortige revolutionäre Untaten zu verhindern, geboten war und ist folches ein Akt politischer Vorsicht gewesen, den Befagten, der als giftige Schlange alle ihm erwiesene Wohlthat mit krasser Aufhebung wider alle Autorität lohnet, dingfest zu machen.“

(Fortf. folgt.)







# Rußlands Kriegsziele und Friedensbedingungen.

Rede Terestschenkos.

Nach einem ausführlichen Bericht sagte der Minister des auswärtigen, Terestschenko, im Vorparlament u. a. folgendes:

Die strategischen Erfolge Deutschlands seien für den Endkrieg nicht entscheidend. Unbegründet sei die Furcht, die Alliierten könnten Rußlands Zerrüttung benutzen, um auf dieses Land das ganze Gewicht des Krieges abzuwälzen. Zwischen ihm und den Alliierten bestände kein Mißverständnis.

Deutschland tritt in Polen mit weit weniger Entschiedenheit auf als in Litauen und Kurland, die wirtschaftlich schwächer sind. In Kurland hat Deutschland schon einen ins einzelne gehenden wirtschaftlichen Plan seiner Kolonisierung ausgearbeitet. Aber hier muß Rußland fest erklären, daß es nicht dulden wird, daß es des Ausganges zum offenen Meer beraubt wird. (Beifall rechts, im Zentrum und auf einigen Bänken der Linken.) Demnach trachten die Pläne der sogenannten „Antiannektionisten“ in Deutschland vor allem dahin, die Lebensinteressen Rußlands zu gefährden.

Das die wirtschaftlichen Interessen betrifft, so habe ich Ihnen bereits auseinandergesetzt, daß unser Feind und Nachbar Rußland als einen vorteilhaften Markt für den Absatz seiner Erzeugnisse betrachtet. Angesichts der gegenwärtigen Lage Rußlands kann nur die Wiederherstellung seiner zerrütteten Industrie das Land vor diesem Anschlag bewahren.

Wir müssen den Krieg in enger Uebereinstimmung mit unseren Bundesgenossen weiterführen und gleichzeitig zusammen mit ihnen im innigen Zusammenhang die Fragen über Krieg und Frieden und eine tätige Zusammenarbeit in diesem Kriege ausarbeiten. Das ist der Ursprung der

## Pariser Konferenz

die dem Abschluß ihrer Arbeiten nahe ist und deren Aufgabe von Lloyd George genau umrissen wurde. Ich habe daher nur hinzuzufügen, daß die Fragen der Verteidigung und der Einheit des Handels auf ihr erörtert werden. Ferner werden sicherlich die Gesichtspunkte aufgefaßt werden, die, wie Lloyd George erklärte, das Ende des furchterlichen Blutvergießens in Linnissen erscheinen lassen werden.

Deutschland muß an die deutschfeindliche Gesinnung seiner Alliierten denken und an ihre Erschöpfung. Selbst in das deutschfreundliche Ungarn mußte Deutschland 100 000 Rekruten schicken, die dort ausgebildet wurden zu dem Zwecke, die deutsche Herrschaft dort aufrecht zu erhalten, wo ihre Ab schwächung gefürchtet wird. Das Volk der russischen Demokratie kann nicht ohne Bewegung den Druck sehen, die Deportationen und Hinrichtungen, die gewisse Nationen ertragen müssen, welche ihre Unabängigkeit zu erlangen trachten. Namentlich gilt dies für die in Oesterreich wachsenden Bestrebungen der slawischen Intellektuellen, die ihre Unterdrückung beklagen, besonders bei den Tschechen. Auch in Ugram folgt Unruhe auf Unruhe, Aufstand auf Aufstand. Die Slawen sind der Ansicht, daß dieser Krieg eine Lösung der Fragen bringen muß, die ihren Vorkathen gestellt waren. Sie können sich nicht verschließen mit dem Gedanken einer Verdrängung Serbiens, dessen Wiederherstellung ihnen unbedingt notwendig erscheint. (Beifall rechts.)

Rußland, sagte der Minister weiter, müsse auf der Pariser Konferenz eine Einheit darstellen. Die geplante Stockholmer Konferenz hätte dagegen als eine private Erörterung aufgefaßt werden müssen.

Unter anderem ist es merkwürdig, die russischen Anweisungen mit dem demokratischen Programm der holländisch-skandinavischen Gruppe zu vergleichen. Die alliierten Demokratien waren mißtrauisch, da sie fürchteten, daß dieses Programm nicht genügend die Interessen der Staaten der Entente betont. Ich begrüße die Anweisungen für den Vertreter der russischen Demokratie als den ersten Versuch, konkrete Formeln aufzustellen. Ich bin aber der Ansicht, daß dieser Versuch für Rußland kein allzu glücklicher ist. In der Tat sprechen die russischen Anweisungen vom Rechte Polens, Litauens und der lettischen Gebiete, über ihr Geschick zu verfügen, während die holländisch-skandinavischen Anweisungen sie mit Stillschweigen übergehen. Wenn wir indessen dieses Recht Polens als seine Unabhängigkeit auffassen, so muß dies auch für die beiden anderen Länder gelten. Hier scheint aber jedermann die Interessen Rußlands am Nordmeer zu verletzen. Unser Vaterland würde ohne einen eisernen Hafen in die Zeiten Peters des Großen zurückgeworfen werden.

Es gibt abstrakte Formeln, die konkrete Folgen haben können; so läßt eine vollkommene Abrüstung eine politische Organisation zu, die ganz verschieden ist von der, in der diese Abrüstung nicht besteht. So ist die Neutralisierung der Meereengen und die unvollständige Abrüstung auch eine Verletzung der russischen Interessen und bedeutet eine Rückkehr zu der Lage der Dinge, die schlimmer ist als der Status quo ante. (Beifall rechts.) Es wäre auch eine Ungerechtigkeit, Rumänien vom Meere abzuschneiden. (Beifall rechts.)

Wir müssen auf der Pariser Konferenz eine Sprache führen, die auf den Frieden hinführt, aber auf einen solchen, der den russischen Interessen Genugtuung schafft und die Unverletzlichkeit unseres Gebietes nebst der Möglichkeit sich nach Süden und nach Norden zu entwickeln fördert.

Die Bedingungen eines demokratischen Friedens müssen die ganze Formel der russischen Demokratie enthalten. Um dieses Programm zu verwirklichen, muß die Regierung unsere militärischen Unglücksfälle und unsere schwierige innere Lage mit in Rechnung ziehen. Nichtsdestoweniger versichert die vorläufige Regierung entschieden, daß die Stimme Rußlands die einer Großmacht ist, auf die die Verbündeten wie zu den Zeiten hören, als Rußland vielleicht militärisch stärker war, aber nicht die schwierigen Zeiten, die der ganzen Welt bekannt sind, durchmachte. Wir wollen, daß trotz der schwierigen Lage Rußland groß bleibt, so müssen wir es alle verteidigen und beweisen, daß wir Diener eines großen Ideals und Söhne einer großen Nation sind.

## Die deutschen Imperialisten.

Terestschenko führte in seiner Rede noch aus: Es mag hier festgestellt werden, daß die deutschen Vögelshorden zwei Gruppen bilden, nämlich die der Annektionisten und die der Antiannektionisten. Die erste richtet ihren Blick auf den Westen und die belgischen und französischen Kolonien. Die Gruppe, die die berühmte Parole vom „Drang nach dem Osten“ prägte, erstrebt eine Vergrößerung Deutschlands nicht durch politische, sondern durch wirtschaftliche Eroberungen und weist Deutschland nach Osten hin von Antwerpen bis Baffora und in der Richtung auf Rußland. Diese zweite Gruppe, die gegenwärtig das Übergewicht hat, stellt diese Probleme auf, die zwar imperialistisch, aber nicht annektionistisch (!) genannt werden können. Frankreich, England, Amerika und Rußland besitzen keine eigentliche zivile Industrie mehr, während Deutschland sie behalten hat. Deutschland ist ein erzeugendes, aber kapitalloses Land. Deshalb kann es nicht die Gebiete fruchtbar machen, die es kolonisiert hat, die daher für Deutschland nur Handelsmärkte sind, ungeheure Wälder, in die es den Ueberfluß seiner Bevölkerung wirft. Diese Politik wendet Deutschland besonders Rußland gegenüber an, indem es uns von Westen her zu isolieren sucht, aber nicht durch Annektionen, sondern durch eine friedliche Trennung politischer Einheiten, die wirtschaftlich schwach sind und nach Deutschland hin gravitieren würden. So würde Deutschland einen Ball schaffen, der Rußland vom ganzen Westen abschneidet und die Drohung einer Vereinigung Rußlands mit den Weltmächten beseitigt. So würde die friedliche Durchdringung unseres Landes mit deutschen Waren und Arbeitskräften erleichtert werden. Aus diesem Grunde legen nicht nur die Abgeordneten der gemäßigten Parteien des Deutschen Reichstages, sondern auch gewisse Vertreter der sozialdemokratischen Mehrheitspartei dem Problem der oben erwähnten Einheiten mit autonomer Politik besondere Bedeutung bei.

Nachdem Deutschland mehrere russische Gebiete besetzt hat, sucht es sie derart zu organisieren, daß sein Einfluß sich dort nach dem Krieg äußert und daß sie ihm als Stütze gegen Rußland dienen. Es wird irgendwo vielleicht damit Erfolg haben, aber im allgemeinen wird es einen Fehlschlag erleiden.

Die Rede des russischen Ministers wird nicht nur bei Rußlands Verbündeten, sondern auch bei den Staaten, die heute noch gezwungenermaßen Rußlands militärische Gegner sind, große Beachtung finden. Und da wird man bemerken, daß Terestschenko, in der Absicht, die kriegerische Koalition gegen die Mittelmächte aufrechtzuerhalten, vieles schilbert, wie es nicht ist. In Oesterreich sind abstrakte Dinge geschehen, aber diese Zeiten sind vorüber, und wenn erst der Krieg durch einen Verständigungsfrieden beendet ist, wird die Freiheit der Slawen Oesterreichs vollkommen gesichert sein. Die deutschen Annektionisten haben für die Eroberung russischer Gebiete Propaganda gemacht, aber diese Propaganda ist an der politischen Einsicht des deutschen Volkes, das einen Frieden ohne Vergewaltigungen will, gescheitert. Die Absicht dagegen, nach Rußland auch nach dem Kriege wie zuvor deutsche Produkte auszuführen und russische Erzeugnisse dafür in Deutschland einzuführen, besteht allerdings; bisher aber hat eine solche auf Herstellung guter Handelsbeziehungen gerichtete Absicht noch niemals als feindlicher „Anschlag“ gegolten.

Umgekehrt ist es interessant, daß Terestschenko mit der Behauptung Rußlands in seinem bisherigen Umfang noch nicht zufrieden ist, sondern weitere „Entwicklungsmöglichkeiten“ für Rußland verlangt. Unter dem Mantel des demokratischen Revolutionärs guckt da der labetisch-imperialistische Klauenfuß recht ungeniert hervor.

Nach den Angaben des Referenten, Professor Dr. Koch-Lübkingen, besteht schon gegenwärtig in zahlreichen Orten des westdeutschen Industriegebietes ein derartiger Mangel an Kleinwohnungen, daß viele Familien kein Obdach finden können. Wenn der Krieg beendet ist, werden diese Zustände sich noch verschlimmern, denn die Nachfrage nach Kleinwohnungen wird steigen, während an eine nennenswerte Vermehrung durch Neubauten vorerst nicht zu denken ist. Der Referent begründete eine Reihe von Vorschlägen für die praktische Durchführung der Wohnungsreform. — Reichstagsabgeordneter Göhre betonte, daß es bisher nicht gelungen sei, den Widerstand der Reichsregierung gegen die reichsgeschiedliche Regelung des Wohnungswesens zu überwinden. — Reichstagsabgeordneter Silberstein sprach als Vertreter der freien Gewerkschaften, des Verbandes der Hirsch-Dunkerischen Gewerbetreibenden und des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. Diese Organisationen haben gemeinsam zu der Wohnungsfrage Stellung genommen und sich mit den Bestrebungen des Deutschen Wohnungsausschusses einverstanden erklärt. Für die Arbeiter sei die Wohnungsfrage besonders wichtig. Bei der Lösung dieses Problems muß die Preisgünstigkeit mit Verständnis behandelt werden. Notwendig ist die Errichtung einer Zentralkommission für das Wohnungswesen im Reichsamt des Innern. Von großer Bedeutung ist auch die rechtzeitige Herstellung von Baustoffen. Sämtliche nachfolgenden Redner erklärten sich namens der von ihnen vertretenen Korporationen mit den Bestrebungen des Wohnungsausschusses einverstanden.

Die Kundgebung schloß mit der einstimmigen Annahme der folgenden von Professor Dr. Koch begründeten Leitsätze: Die am 30. Oktober 1917 in Berlin im „Rheinhold“ auf Einladung des Deutschen Wohnungsausschusses tagende Vertreterversammlung zahlreicher großer Organisationen und sonstiger Wohnungsreformkreise erklärt:

I. Eine durchgreifende Wohnungs- und Erziehungreform ist ein unabweisbares Lebensbedürfnis unseres Volkes, namentlich auch gegenüber der drohenden Gefahr einer Wohnungsnot nach dem Kriege und gegenüber den berechtigten Ansprüchen unserer aus dem Felde heimkehrenden Truppen. Die Verwirklichung dieses Zweckes kann nicht ohne den größten Schaden und länger aufgeschoben werden.

II. Als nächste wichtige Schritte der Wohnungsreform sind insbesondere zu fordern 1. Zur Lösung der Bodenfrage: Gesetzliche Maßnahmen zur Beschaffung von Land aus privater Hand durch Ausgestaltung des Enteignungsrechtes, Vorlaufsrechtes usw., billige Vergabe fiskalischen, kommunalen und sonstigen öffentlichen Landes, sowie Gründung großer gemeinnütziger Boden- und Erziehungsgesellschaften mit weitestgehender öffentlicher Hilfe. 2. Zur Lösung der Kapitalfrage: Gewährung großer Darlehen und Bürgschaften für den Wohnungsbau durch Reich, Staat und Gemeinden, sowie organische Eröffnung neuer und Verbesserung bestehender Geldquellen für die Zwecke des Wohnungswesens. 3. Verbesserung der Verwaltungsorganisation für das Wohnungswesen durch Errichtung einer Zentralkommission für die gesamte Wohnungsfürsorge im Reichsamt des Innern, Bestimmung eines im Wohnungswesen führenden Ministeriums in Preußen und Durchführung einheitlicher Maßregeln im wirtschaftlich zusammenhängenden Gebieten. 4. Das baldige Zustandekommen der preussischen Wohnungsreformgesetzgebung.

## Keine Neueinteilung der Wahlkreise!

Eine halbamtlich gelieferte Nachrichtenstelle bezieht unsere Mitteilungen über den kommenden Wahlrechtsentwurf für Preußen im allgemeinen als richtig. Nur dürfe aus der Nichterbringung eines Gegenschwurfs über die Neueinteilung der Wahlbezirke nicht gefolgert werden, daß eine neue Wahlkreiseinteilung im Interesse beschleunigter Einführung des gleichen Wahlrechts späterer Zeit vorbehalten sei:

Sehr viel näher liegt jedenfalls der Schluß, daß die Wahlbezirke, wie sie durch das Gesetz vom 27. Juni 1860 festgestellt sind, im wesentlichen beibehalten werden. In der Tat, zumal eine Verständigung unter den Parteien in dieser Frage ausgeschlossen erscheint, fehlt es an einem hinreichenden Grunde, die bestehende Wahlkreiseinteilung, die wie bisher so auch in Zukunft dem Grundsatz der Gesamterziehung von Land und Leuten zu genügen vermag, in ihren Grundlagen abzuändern; es sollen daher nur die besonders volkreichen Wahlbezirke, zwölf an der Zahl, mit einer Randübermehrung bedacht werden.

Gegen diese Auffassung muß der allerjüngste Protest erhoben werden. Allein die Tatsache, daß die jetzige Wahlkreiseinteilung auf einem Gesetz von 1860 und einer diesem Gesetz noch um mehrere Jahre vorangegangenen Volkszählung beruht, ist ein zehnfach „hinreichender Grund“, eine Neueinteilung vorzunehmen.

## Das politisch subalterne Scheusal — Berlin!

Die Reichshauptstadt muß vor kurzem die Ehre gehabt haben, einen Herrn Dr. Helmut Hopfen in seinen Räumen zu beherbergen. Dem scheint es nun absolut hier nicht gefallen zu haben; aus seiner heimlichen Idylle am Starnberger See schleudert er mit einer Fische, vor den sich der Offensivgeist der Hönzgruppen verziehen muß, dem Berliner eine Epistel ins Haus, deren Besuch uns (wer sonst?) die „Deutsche Zeitung“ vermittelt. Er hat die Beobachtung machen müssen, daß dem Berliner wohl manches heraustrinkt, nur keine Flagge! Keine einzige Flagge, wie er mehr als einmal ausruft. Weißlich führt das dieser Herr natürlich auf die Kanzlerkrise zurück und nennt das eine „erdärmliche, wohl gar mißgünstige und kurzfristige Gleichgültigkeit des politisch subalternen Scheusals Berlin“. Denn die patriotische Betätigung gipfelt natürlich im Heraushängen einer Fahne. Allddeutsch — allu alldeutsch! Um aber seiner Räperei die Krone aufzusetzen, erlaubt er sich folgenden Satz:

„Deutschlands Heerführung hat . . . den österreichischen Bundesgenossen wieder einmal das Siegen gelehrt.“

Im verbündeten Ausland wird man so etwas richtig einzuschätzen wissen: als das unterantwortliche Geschwätz eines Mannes, dessen Rundweite der seines politischen Horizonts im entgegengekehrten Verhältnis entspricht. Nicht zu verhindern aber wird die häßliche Registrierung derartiger Ergüsse in der feindlichen Presse sein.

Personenwechsel im Landes-Heisamt. Der Unterstaatssekretär im Handelsministerium, Dr. Göppert, tritt, wie die „Deutsche Tageszeitung“ erzählt, von der Leitung des preussischen Landes-Heisamts und Zentralvielfachhandelsverbandes zurück. Als sein Nachfolger wird der bisherige stellvertretende Vorsitzende des genannten Amtes, Geheimrat Regierungsrat Burckhardt, bezeichnet.

## Parteinachrichten.

### Parteiengenossen!

Der Parteivorstand hat sich konstituiert. Seine Adresse ist wie bisher:

Wilhelm Frankenk, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Alle Geldsendungen sind nur an

Otto Braun, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3,

zu richten. (Postfachkonto Nr. 7918, Hr. Barick, F. Ebert, O. Braun, Berlin, Lindenstr. 3, beim Postfachamt Berlin.)

Nach § 23 des Organisationsstatuts der Partei ist die Kontrollkommission zur Kontrolle des Parteivorstandes und als Beschwerdestanzung eingesetzt. Alle Zuschriften an die Kontrollkommission sind an deren Vorsitzenden

Hr. Brühne, Frankfurt a. M., Meidenstr. 33,

zu richten.

Die Bezirks- und Landesverbände ersuchen wir gemäß § 20 des Organisationsstatuts, ungesäumt die Wahl ihrer Vertreter im Parteiausschuss vorzunehmen und uns deren genaue Adressen, auch die des Stellvertreters, mitzuteilen.

Zusßerdem ersuchen wir die Landes-, Bezirks- und Wahlkreisorganisationen, die genaue Adressen ihrer Vorsitzenden und Kassierer nach erfolgter Wahl sofort mitzuteilen.

Berlin, 30. Oktober 1917.

Der Parteivorstand.

### Gingehen eines Parteiblattes.

Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, stellt die „Vollstimmme für Aitena-Iselohu“ am 1. November ihre Erscheinung ein. Pläne zur Verschmelzung des Blattes, das seit Kriegsbeginn erheblichen Aufschwung erfuhr, mit einem der benachbarten größeren Parteiblätter, sind schon seit längerer Zeit verhandelt worden. Sie scheinen nunmehr zum Abschluß gelangt zu sein.

## Letzte Nachrichten.

### Unterhaushaltsübertragungen.

Rotterdam, 31. Oktober. Der Parlamentsberichterstatter des „Tollu Telegraph“ schreibt, daß die Absicht besteht, nächsten Montag im Unterhause eine Debatte über die Friedensfrage und Ufaß-Löschungen herbeizuführen.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 30. Oktober. Einem unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Høghagen (Grub), hat im Atlantischen Ozean und Kermellkanal neuerdings rund

32 000 Br.-Reg.-T.

feindlichen Handelschiffstrahms vernichtet.

Unter den versenkten Schiffen befand sich der bewaffnete englische Dampfer Madura (4484 Tonnen), dessen Ladung u. a. aus Polonien bestand, ferner vier große bewaffnete englische Dampfer, von denen einer aus einem Geleitzug herangezogen wurde.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Genf, 31. Oktober. Italien hat von den 200 000 Tons Kohlen, die ihm monatlich von England zugeführt worden waren, und von denen die Hälfte auf dem Seewege nach Italien gebracht werden sollte, bis jetzt nur einen so kleinen Teil erhalten, daß in der Kriegsversorgung erhebliche Störungen eingetreten sind.

## Eine Kundgebung für Wohnungsreform.

Der vor Jahresfrist ins Leben getretene Deutsche Wohnungsausschuss veranstaltete am Dienstag im „Rheinhold“ eine große Kundgebung. Der Vorsitzende, Dr. Dieß, wies in der Eröffnungsrede darauf hin, daß der Krieg neben anderen drückenden Folgen auch eine Wohnungsnot erzeugt habe. In Hessen hat man kürzlich erleben müssen, daß

heimkehrende Krieger ihre Familien abdrückten auf der Straße fanden. Ein furchtbarer Notstand muß eintritten, wenn die Millionenheere aus dem Felde zurückkehren und irgendwo nichts gefunden ist, um die Wohnungsnot abzumildern. Durchgreifende Maßnahmen gegen diese Gefahr sind dringend notwendig.



# Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

## Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Die Fälle, wo Arbeiter, die in Betrieben der Eisenbahnverwaltung beschäftigt werden und wegen zu geringen Verdienstes auf Erteilung eines Ablehrscheins Klagen wiederholen sich immer wieder. Der Schlosser L. verlangt den Ablehrschein, weil er mit dem ihm gezahlten Verdienst nicht auskommt. Die Eisenbahnverwaltung stellt auch einen Ablehrschein aus, der aber am Schluß folgende Bemerkung enthält: „Eine Wiederbeschäftigung darf nur im Bereich der Königlich Preussischen Staatseisenbahn erfolgen.“ Diese Bemerkung ist natürlich unzulässig und hat der Kriegsausschuß nach kurzer Beratung den Ablehrschein mit dieser Bemerkung kassiert und an dessen Stelle einen ordnungsgemäßen Ablehrschein ausgestellt.

Zu der Flugzeugmeisterei Adlershof haben die Zimmerer, Hilfsarbeiterinnen und Transportarbeiter Lohnforderungen gestellt. Ueber die Forderung der Zimmerer konnte eine Verständigung im Kriegsausschuß nicht erzielt werden und wird in der darauffolgenden Sitzung ein Schiedsspruch gefällt. Wegen der Forderung der Hilfsarbeiter, Hilfsarbeiterinnen und Transportarbeiter hat der Kriegsausschuß folgenden Spruch gefällt: Die Männer erhalten 10 Pf., die Frauen 5 Pf. Lohnzulage. Es kommen etwa 1400 Personen in Betracht.

Die Firma G. u. M. erhebt Beschwerde gegen ihre Werkzeugmacher, weil sie sich weigerten, Ueberstunden zu machen. Die Werkzeugmacher erklären demgegenüber, daß sie seit mehreren Jahren Ueberstunden machen und nun eben einmal eine Pause eintreten lassen wollen. Der Kriegsausschuß weist die Beschwerde der Firma ab, da die Werkzeugmacher nicht gezwungen werden können, Ueberstunden zu machen.

Bei der Firma M. u. G. wollen drei Abteilungen mehr Verdienst. Nach längerer Beratung wird beschlossen, daß Einrichter, Schlosser und Revisoren 5 Pf. pro Stunde mehr erhalten, Werkzeugmacher und Dreher 10 Pf. mehr für die Stunde. Die Akkorde der Scheinbrechmaschinen sollen so angesetzt werden, daß eine Arbeiterin durchschnittlicher Leistung 90 Pf. bis 1 M. stündlich verdienen kann, alle übrigen Akkordearbeiterinnen unter der gleichen Voraussetzung 80-100 Pf. Ueber die Forderung der Hilfsarbeiter und Lohnarbeiterinnen soll nochmals im Betrieb verhandelt werden.

## Deutsches Reich.

**Austritt eines Gewerkschaftsredakteurs.** Der internationale Sekretär und Redakteur des „Kürschner“, A. Regge, tritt am 1. Januar 1918 von seinen Stellen zurück. Regge war mit dem Verbandsvorstand und den Besitzern des internationalen Kürschnersekretariats in Meinungsverschiedenheiten geraten, weil er vom Standpunkt der extremen Parteiposition aus die Kriegs- und Gewerkschaftsfragen behandelte und dadurch auch das weitere Erscheinen des „Kürschner“ gefährdete. Die Verbandsinstanzen verlangten daher, daß ihnen die Möglichkeit gegeben werden solle, den „Kürschner“ vor seinem Erscheinen durchzusehen, um die Aufnahme von Artikeln zu verbieten, welche die Verbandsinteressen schädigten. Da Regge sich dieser Forderung nicht unterwerfen wollte, hat er seine Aemter gefündigt und scheidet aus ihnen aus.

## Ausland.

### Der Streit der Petersburger Apotheker.

Petersburg, 30. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur) Der Streit der Apotheker, der seit 15 Tagen andauert, hängt an sich zu verschlimmern durch die Ausstellungen der Ausständigen, die durch Anwendung von Gewalt die Arbeit verhindern, selbst in einigen Apotheken, denen sie im Hinblick auf die kritische Lage der Bevölkerung die Erlaubnis, ihren Betrieb fort-

zusetzen, erteilt hatten. Der Stadtrat beschloß, die Apotheken zu beschlagnahmen und wendet diese Maßnahmen von heute ab auf 55 Apotheken an.

## Internationaler Gewerkschaftsbund.

Dem Rechenschaftsbericht, den der Sekretär des I.G.B. Genoffe Legien, der Berner Konferenz vorlegte, ist auch der Kassenbericht vom 1. Juli 1918 bis zum 30. Juni 1917 beigegeben. 1918 lagte bekanntlich die letzte internationale Gewerkschaftskonferenz in Zürich. Danach betrug die Einnahme 148 167,76 M., die Ausgabe 141 547,53 M. Von den Einnahmen entfallen rund 53 000 M. auf Beiträge, unter den Ausgaben sieht das Heberfegungsbureau mit 58 000 an der Spitze.

Von großem Interesse aber ist die Zusammenstellung der Beitragsleistungen der einzelnen Länder. England hat ab 1918/14 Beiträge an das Internationale Sekretariat überhaupt nicht mehr gezahlt, Frankreich hat 1918/14: 2203 M., im Jahre 1914/15 noch 1600 M. Beiträge geleistet. Wahrscheinlich waren diese Summen noch vor Ausbruch des Krieges eingegangen. Die übrigen am Kriege beteiligten Entente-Länder sind in folgender Weise an den Leistungen beteiligt: Belgien: 508 M., Serbien: 40 M., Rumänien: 20 M., Italien: 1100 M., Vereinigte Staaten: 11 094 M., Transvaal: 60 M. Bis auf 20 M. von Serbien sind alle diese Beiträge für das Rechnungsjahr 1918/14 geleistet. Deutschland trug zur Unterhaltung des Sekretariats in den Kriegsjahren 28 707 M. bei, Oesterreich 2672 M., Ungarn 1044 M.

Nach mehr oder tritt die internationale Solidarität der deutschen Gewerkschaften hervor, wenn wir die Summe der Beitragsleistungen in ihrer Gesamtheit seit Bestehen des internationalen Sekretariats betrachten. Es ergibt sich da folgendes Bild (in runden Zahlen): England: 7934 M., Frankreich: 7101 M., Niederlande: 1864 M., Belgien: 1250 M., Dänemark: 2444 M., Schweden: 3114 M., Norwegen 1311 M., Finnland 260 M.; Deutschland 48 245 M., Oesterreich 7651 M., Bosnien 24 M., Ungarn 2085 M., Kroatien 73 M., Serbien 121 M., Rumänien 72 M., Bulgarien 38 M., Schweiz 1318 M., Italien 3584 M., Spanien 1288 M., Vereinigte Staaten 18 725 M., Victoria (Australien) 20 M., Transvaal 60 M. — Von den 108 494 M., die das Internationale Sekretariat zu seiner Unterhaltung bedürfte, trugen also die deutschen Gewerkschaften fast die Hälfte bei. Reken wir Oesterreich und Ungarn hinzu, so ergibt sich für die Gewerkschaften der Mittelmächte, wo die Methoden der deutschen Gewerkschaften vorherrschen, die Summe von 57 881 M.

Vernachlässigung ihrer internationalen Pflichten wird man diesen Gewerkschaften also nicht vorwerfen können.

**Ende des Züricher Holzarbeiterstreiks.** Der schon seit Wochen andauernde Streit der Holzarbeiter ist anfangs dieser Woche durch eine Vereinbarung der organisierten Arbeiter und der Meister beendet worden, die unter Vermittlung von Vertretern des Kantons- und Stadtrates zustande kam. Die Holzarbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von 8 Koppen die Stunde, die im Dezember und im Februar um je weitere 8 Koppen steigt. — Für die Glaser wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 50 Stunden die Woche ab 1. Mai 1918 erreicht.

## Soziales.

### Was aller Recht ist.

Die Arbeiterrechtsbeilage des „Correspondenzblattes“ schließt in ihrer Nummer vom 13. 10. 1917 folgenden Fall:

Im Mai 1900 erlitt der Züricher F. eine Fußverletzung, wofür er eine Rente erhielt. 1909 wurde diese Rente auf 15 Proz. herabgesetzt. Weitergehende Gewöhnung wurde angenommen. 1912 wollte die Berufsgenossenschaft die Rente auf 10 Proz. mindern. Das

Oberversicherungsamt hielt dieses für unbegründet. Eine Besserung sei nicht eingetreten und weitgehendste Gewöhnung schon früher angenommen. 1915 machte die Berufsgenossenschaft den gleichen Versuch. Das Oberversicherungsamt erkannte am 11. Oktober 1915, daß, da in dem Zustande des Klägers keine Besserung erfolgt und völlige Gewöhnung bereits zur Zeit des früheren Rentenverfahrens eingetreten gewesen und berücksichtigt worden sei, die alte Rente zu belassen sei.

Einen neuen Versuch machte die Berufsgenossenschaft 1917. Im Bescheid mußte sie selbst sagen, daß der Gutachter den Eintritt einer wesentlichen Besserung nicht habe feststellen können. Es liege jedoch eine Gewöhnung an den körperlichen Zustand vor, so daß eine Arbeitsbeschränkung in wirtschaftlich meßbarem Umfange nicht mehr als vorhanden angenommen werden könne. Das obere Oberversicherungsamt, das zwei und fünf Jahre zuvor dem Kläger zu seinem Recht verholfen hat, wies diesmal seine Berufung zurück. Es müsse als erwiesen erachtet werden, daß in dem Zustande des Klägers seit der früheren Festsetzung der Entschädigung eine so wesentliche Besserung und Gewöhnung eingetreten sei, daß eine wirtschaftlich meßbare Einbuße an Erwerbsfähigkeit nicht mehr bestände.

Gegen dieses Urteil läßt sich leider kein Rekurs einlegen, da das Oberversicherungsamt in letzter Instanz zu befinden hatte. Zu bedauern ist es allerdings in höchstem Maße, daß gegen solche Fehlurteile gar kein Rechtsmittel möglich ist. Um ein Fehlurteil handelt es sich, zurückzuführen auf völlige Unkenntnis der Verhältnisse. Das dieses Urteil juristisch zu vertreten hat, ist der Königliche Regierungsrat v. Darnier in Liegnitz.

Somit wir über die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes zu sagen haben, so ist ungläubiges Urteil würde bei ihm kaum möglich sein.

## Eine überflüssige Neugründung.

Auf Anregung und unter Führung des Admiralsrats Dr. Reich sind für ein zu schaffendes Reichsjugendgesetz Schritte zur Begründung eines Hauptauschusses für Jugendpolitik in die Wege geleitet, der sich bereits mit der Aufforderung zur Schaffung von Ortsauschüssen an die breite Öffentlichkeit gewandt hat. Die auf dem Gebiete der Jugendfürsorge und der Jugendpflege bisher tätigen und bewährten Organisationen: der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit, die Zentralfelle für Volkswohlfahrt, das Archiv deutscher Berufsvormünder nehmen gegen eine solche Neugründung öffentliche Stellung. Sie erheben darin eine schäbliche Zerstückelung der Kräfte und Mittel und begen die Befürchtung, daß dadurch lediglich Verwirrung in die beteiligten Kreise hineingetragen werden dürfte. In einer kürzlich von der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, Abteilung Deutsches Reich, zur Besprechung der Angelegenheit einberufenen Sitzung haben sich auch die Vertreter einer Reihe weiterer Fürsorgeorganisationen, so des Allgemeinen Fürsorge-Erziehungstages, des Caritasverbandes für das katholische Deutschland u. a. diesem Protest angeschlossen.

Wir halten diese Proteste durchaus für begründet. Wenn sich eine Stelle, die die Maßnahmen zu Gunsten der Jugendfürsorge propagieren und fördern kann, eignet, dann ist es die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge. Vertreter der Arbeiterschaft sind in ihr tätig und alles, was den Fragen der Jugendfürsorge dient, ist an einer Stelle am besten aufgehoben.

**Arbeiter-Zamariterbund, Kolonne Groß-Berlin.** Montag, den 5. November, abends 8½ Uhr, im Schulhaus Vereinshaus, im Röniggraben 2: Vortrag, nach dem Vortrag praktische Verhandlungen. Geste haben einmaligen freien Zutritt.

Verantwortlich für Inhalt: Erich Gattner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schatz, Berlin; für Anzeigen: Th. Wiede, Berlin, Teud u. Verlag: Hermanns-Verlagsgesellschaft, Berlin SW.

Preis 1 Mark und Anzeigenpreis.

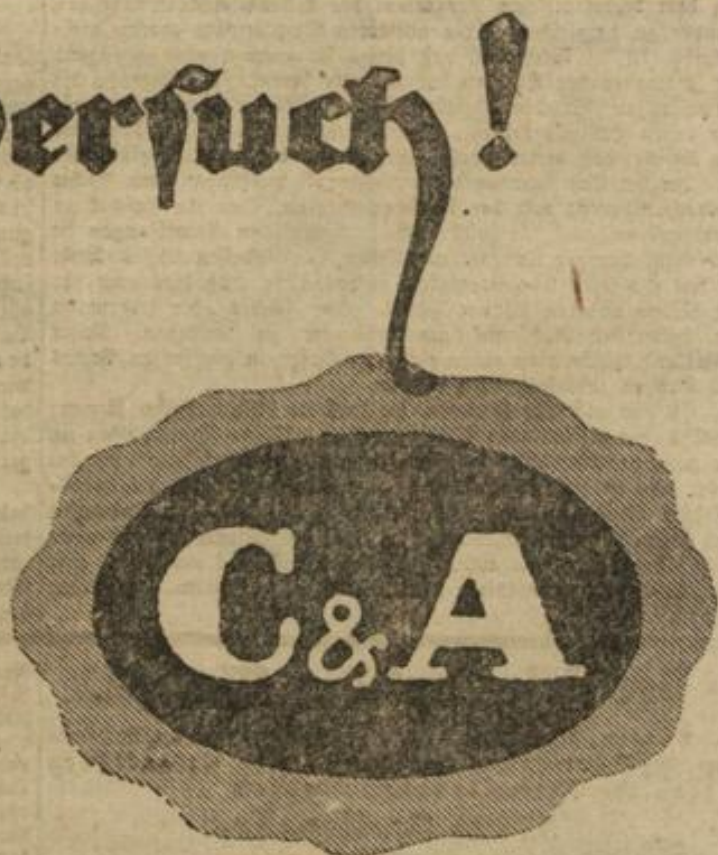
# Der erste Schreibversuch!



Freudig wird er begrüßt. Der Erfolg weckt das Vertrauen und reizt zu weiteren Versuchen.

## Der erste Kaufversuch

bei C & A wirkt ähnlich. Auch hier Freude über das Ergebnis, gestärktes Vertrauen und der Vorsatz, auch in Zukunft wieder bei C & A zu kaufen.



## DAMEN-KLEIDUNG

Röniggr. 33

Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseest. 113

Zeitt. Ostlicher Bahnhof  
Sonntags geschlossen!

